

2| Das Ernährungsproblem und die Massenversorgung

2.1 Gewitterstimmung und Krawalle: Die Berliner Lebensmittelversorgung

Rund eineinhalb Jahre nach den bedrohlichen Versorgungskrisen des Jahres 1917 stand es auch im Winter 1918/19 schlecht um die Berliner Lebensmittelversorgung. Mit Ausnahme von Brot, das vorerst wieder ohne Streckungsmittel verteilt werden konnte, blieben die meisten Nahrungsmittel knapp.²¹³ Nicht nur blieb die Kartoffelernte des Jahres 1918 deutlich hinter den Schätzungen zurück, auch die Versorgung mit Fleisch, das hauptsächlich gefroren oder in Konserven verfügbar war, war unzureichend. Besonders mangelte es Berlin an Molkereiprodukten – allen voran Milch, deren Zufuhr im Jahr 1919 noch geringer ausfiel als im ganzen Krieg.²¹⁴ Die mit dem Kriegsende verbundenen Hoffnungen der Berliner Bevölkerung auf ein rasches Ende der entbehrungsreichen Zeiten erfüllten sich nicht. Im Verlauf des Krieges war die inländische Produktion von Grundnahrungsgütern ungefähr um die Hälfte des Friedensstandes von 1913 geschrumpft.²¹⁵ Zudem wurde die alliierte Wirtschaftsblockade bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages im Juli 1919 aufrechterhalten. Auch die im Rahmen der Waffenstillstandsverhandlungen versprochenen Lebensmittellieferungen der Entente blieben vorerst aus. Die Siegermächte wollten sich zunächst ein Bild davon machen, wie schlecht es tatsächlich um die Versorgung der Besiegten unter den Bedingungen der Blockade stand.²¹⁶

Erst ab dem Frühjahr 1919, nachdem mehrere alliierte Militärmissionen nach Berlin und in andere deutsche Städte Inspektionsreisen unternommen hatten, stellte sich langsam eine leichte Verbesserung der Versorgungssituation ein. Mit dem Brüsseler Abkommen vom 14. März 1919 erhielt Deutschland die Zusicherung von Lebensmittellieferungen in Höhe von 270.000 Tonnen. Als Gegenleistung verlangten die Alliierten rund 220 Millionen Goldmark und die sofortige Auslieferung der deutschen Handelsflotte.²¹⁷ Zusätzlich wurde Deutschland gestattet, in begrenzten Mengen Lebensmittel aus dem neutralen Ausland einzuführen. Da nur ein Teil der geforderten Summe aufgebracht werden konnte, wurde in den darauffolgenden Wochen auch nur ein knappes Drittel der versprochenen Waren nach Deutschland geliefert. Das reichte zusammen mit den Lebensmitteln, die zusätzlich importiert werden durften, nicht aus, um den prekären Versorgungsverhältnissen Einhalt zu bieten. Dennoch führten die Einkäufe im Ausland zu einer merklichen Entspannung der Berliner Lebensmittelversorgung. Spätestens nach der Aufhebung der alliierten Seeblockade war die Hauptstadtverwaltung in der Lage, durch Auslandseinfuhren auf sich abzeichnende Engpässe zu reagieren. Darüber hinaus

213 Vgl. ausführlich KÄBER, Berlin, S. 170, S. 212 und S. 194. Ferner TEUTEBERG, Food Provisioning, S. 70.

214 Vgl. EBD., S. 229. Die Einrichtungen des Berliner Milchhandels seien KÄBER zufolge auf eine Einfuhr von täglich einer Million Liter Milch zugeschnitten gewesen. Nachdem die Zufuhren seit dem Herbst 1914 kontinuierlich zurückgegangen waren, erreichten diese im Jahr 1918 einen Tiefstand von 302.000 Litern pro Tag. Im ersten Nachkriegsjahr sanken die Zufuhren auf täglich 210.000 Liter Milch. Vgl. EBD., S. 223f.

215 Vgl. KLUGE, Weimarer Republik, S. 56.

216 Vgl. TAYLOR, Frederick: Inflation: Der Untergang des Geldes in der Weimarer Republik und die Geburt eines deutschen Traumas, München 2013, S. 81.

217 Vgl. BÜTTNER, Weimar, S. 133f. »Das Lebensmittelabkommen«, in: *Vorwärts*, 16. März 1919.

brachte die Versorgung aus dem Berliner Umland im Sommer 1919 eine leichte Verbesserung der Verhältnisse. Trotz des florierenden Schleichhandels und verbreiteten Unwillens vieler Landwirte, weiterhin unrentable Lieferungen nach Berlin bereitzustellen, erhielten die Hauptstädter regelmäßig ihre (wenn auch schwankenden) Lebensmittelrationen.

Das Festhalten an der »Zwangswirtschaft«, das Erfassen und Verteilen der wichtigsten Lebensmittel zu festen Preisen, hielten sowohl die staatlichen als auch die lokalen Behörden nach wie vor für zwingend erforderlich – im Gegensatz zur Bevölkerung, die mit den gewährten Rationen nicht auskam, und den Produzenten, die mit den verordneten Preisen nicht hinkamen.²¹⁸ Erste Lockerungen des Bewirtschaftungssystems, mit denen seit dem Frühjahr 1919 der Verkauf von Eiern, Hülsenfrüchten und Fisch freigegeben wurde, führten den Verantwortlichen vor, dass der weitere Abbau der Zwangswirtschaft mit Bedacht angegangen werden musste. Sie befürchteten immense Preissteigerungen, die eine Schlechterstellung eines Großteils der Bevölkerung nach sich gezogen und damit den sozialen Frieden gefährdet hätten. Die Rationierung von Kartoffeln, Fleisch und Fett wurde somit noch bis zum Sommer 1920 aufrechterhalten. Dass die Bewirtschaftung dieser Lebensmittel aufgegeben wurde, war jedoch weniger das Ergebnis einer hinreichenden Versorgungslage, sondern vielmehr eine Folge des zunehmenden Verschwindens von Lebensmitteln in »dunklen Kanälen«.²¹⁹ Am System der Brot- und Getreideversorgung wurde jedoch festgehalten, bis auch dieses im Frühjahr 1921 gelockert wurde. Mindestmengen, so Ursula BÜTTNER, seien weiterhin von öffentlichen Stellen erfasst und auf Karten ausgegeben worden, während der Rest der Getreideprodukte zu erheblich höheren Marktpreisen frei verkauft werden durfte.²²⁰

Die allmähliche Entspannung der Berliner Versorgungslage seit dem Frühjahr und Sommer 1919 hielt – nicht ohne Rückschläge und noch immer weit entfernt von einer »Normalisierung« der Verhältnisse – bis zum Ende des Jahres 1921 an. Besonders schwer wirkte sich der Generalstreik infolge des KAPP-LÜTTWITZ-Putsches auf die Versorgungsverhältnisse aus. Dieser habe, so klagte WERMUTH, »den mühseligen Aufbau der Ordnung und Wirtschaft um viele Monate [...] zurückgeworfen«²²¹. Da der Eisenbahnverkehr und der gesamte öffentliche Berliner Nahverkehr stillgelegt wurde und auch keine alternativen Fuhrwerke und Beförderungsmittel zur Verfügung standen, konnten ab dem 13. März 1920 für mehrere Tage keine Lebensmittel in die Hauptstadt geliefert werden. Der Streik beeinträchtigte auch den gewerbsmäßigen Schleichhandel, wodurch in diesen Tagen nicht nur die »gesetzmäßige Versorgung der Bevölkerung«, sondern auch die »Selbstversorgung der zahllosen Hamsterer«²²² nahezu unmöglich war. Die noch verfügbaren Lebensmittel schwanden von Tag zu Tag, bis die Ladengeschäfte vollständig leergefegt waren. Dem Berliner Oberbürgermeister gelang es erst nach einigen Tagen, mit

218 Vgl. BÜTTNER, Weimar, S. 134. Vgl. auch WERMUTH, Beamtenleben, S. 438. Dem Widerstand der Landwirte begegneten die Behörden mittlerweile gelegentlich mit der Gewährung zusätzlicher Prämien, wenn sie ihre Erzeugnisse nach Berlin lieferten. Vgl. KÄBER, Berlin, S. 229. Ferner WETZEL, Die Inflation, S. 37.

219 Vgl. BÜTTNER, Weimar, S. 134.

220 Vgl. EBD.

221 WERMUTH, Beamtenleben, S. 435.

222 NIEHUS, Lebensweise, S. 250.

der Generalstreikleitung in Kontakt zu treten. WERMUTH beschrieb in seinen *Erinnerungen*, mit welcher Entschlossenheit und Beharrlichkeit die Streikführung in das Gespräch mit dem Stadtoberhaupt ging.²²³ Die Erbitterung der Streikenden sei so stark gewesen, dass diese sich von Hungerdrohungen nicht aufhalten lassen wollten. Es brauchte dem Oberbürgermeister zufolge einige Überzeugungskraft bis sie einsahen, dass ihr Vorgehen das Wohl Hunderttausender Kinder gefährdete. Schließlich stimmten WERMUTHS Gesprächspartner der Wiederaufnahme der Lebensmitteltransporte zu, womit eine Verschärfung der Versorgungssituation abgewendet werden konnte. Dennoch wirkte die Unterbrechung der Nahversorgung jener Tage noch einige Zeit nach.

In den darauffolgenden Monaten bekamen die Berliner als Folge der Geldentwertung nach dem Ende der zwangswirtschaftlichen Maßnahmen die von den Behörden befürchtete Lebensmittelteuerung zu spüren. Dadurch kam es zwischen dem Sommer 1920 und dem Höhepunkt der Inflation im Herbst 1923 in Berlin wiederholt zu Lebensmittelunruhen und Hungerkrawallen. Nach der Historikerin Andrea LEFÈVRE, die eine detailreiche Darstellung dieser »subsistenzorientierten Selbsthilfeaktionen« liefert, wurde die Hauptstadt ausgehend von ihren Arbeiterbezirken während dieser Zeit in drei Wellen von Hungerunruhen erfasst.²²⁴ Die ersten Proteste starteten Ende Juni 1920 mit einigen Hundert Frauen, die infolge der starken Preiserhöhungen für Obst und ausländische Kartoffeln mehrmals gegen den Lebensmittelwucher demonstrierten. Ihre Frustration mündete alsbald in der Erstürmung und Plünderung von Markthallenständen und Geschäften:

»Am Kottbusser Damm wurde der Wagen eines Obsthändlers nach einem Streit zwischen ihm, anderen Straßenhändlern und [dem] Publikum leergeplündert. Beim Herannahen der Polizei ergriff die Menge die Flucht. [...] Am selben Tag stürmte die Menge ein Geschäft am Alexanderplatz und ließ 200 Pfund Obst mitgehen; als die Polizei eintraf, hatte sich die Menge schon in alle Winde zerstreut. In der Ackerstraße beruhigte die Polizei die Lage, indem sie den Verkauf vermeintlich ausländischer Kartoffeln, über deren Herkunft die Händler keinen Nachweis erbringen konnten, zum Preis von 50 Pfennig das Pfund anordnete. Nach dem 14. Juli flauten [die] Obst- und Kartoffelkrawalle langsam ab.«²²⁵

Nachdem die Stadtverwaltung ein energisches Vorgehen gegen den Wucher und die Preistreibereien ankündigte, fanden die Obst- und Kartoffelkrawalle Mitte Juli schließlich ein Ende. Zu einer Beruhigung der angespannten Stimmung in der Bevölkerung trug auch die zeitweilig verbesserte Wirtschaftslage bei. Erst im Herbst 1921 kam es erneut zu Plünderungskrawallen. Da eine angekündigte Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung nicht eintrat, griffen nun vor allem junge arbeitslose Männer zum Mittel der kollektiven Selbsthilfe.²²⁶ Spontan in großen Gruppen organisiert, zogen

223 Vgl. WERMUTH, *Beamtenleben*, S. 434.

224 Vgl. LEFÈVRE, Andrea: »Lebensmittelunruhen in Berlin 1920–1923«, in: GAILUS, Manfred und Heinrich VOLKMANN (Hg.), *Der Kampf um das tägliche Brot. Nahrungsmangel, Versorgungspolitik und Protest 1770–1990*, Opladen 1994, S. 346–360.

225 EBD., S. 348.

226 Vgl. EBD., S. 349.

sie ab der zweiten Novemberhälfte mehrfach durch die Berliner Arbeiterviertel und die Innenstadt und drangen gewaltsam in zahlreiche Lebensmittel-, Zigarren- und Kleidungsgeschäfte ein. In erhöhte Alarmbereitschaft versetzt, versuchte die Polizei meist vergeblich, die »Selbstbedienungsaktionen« unter Kontrolle zu bringen – bis am 22. November ein Demonstrations- und Versammlungsverbot für die Hauptstadt verhängt wurde. Eine weitgehende Beruhigung der arbeitslosen Berliner erreichte die Stadtverwaltung schließlich mit der Anpassung der Erwerbslosenunterstützung an die Inflation.²²⁷ Damit wurde das Problem der zunehmenden Lebensmitteleuerung jedoch nicht behoben und es war nur eine Frage der Zeit, bis die massive Geldentwertung neuerliche Subsistenzunruhen auslöste. Die größten Ausschreitungen der Berliner Nachkriegszeit erlebte die Stadt zwei Jahre später während der Hyperinflation. Kurz vor der Ernte kämpften die Berliner im Sommer 1923 erneut mit Versorgungsengpässen, die an Verhältnisse aus der Kriegszeit erinnerten:

»Die Kartoffeln wurden knapp. So bildeten sich Kartoffelkolonnen, die in alle Himmelsrichtungen ausschwärmten, um noch alte Kartoffeln bei den Bauern zu ergattern. Diese hatten es nämlich vorgezogen, angesichts zu niedriger Preise, die ihnen der Zwischenhandel bot, und angesichts der hohen Kosten für Verladung und Versand die Kartoffeln selbst zu verfüttern [...]. Angesichts des Kartoffelmangels in der Stadt wurde ›Gewitterstimmung in den Markthallen‹ gemeldet. Obwohl die Preise sich verdoppelt hatten, bildeten sich Schlangen ›wie im Krieg‹. [...] Ende Juli sprach man von zunehmender Unruhe und wachsender Nervosität bei der Bevölkerung.«²²⁸

Zu diesem Zeitpunkt funktionierte nur noch die Versorgung mit Brot halbwegs verlässlich, da sich die Preise für das »Markenbrot« in zumutbaren Grenzen hielten. Die Preisexplosion aller anderen Lebensmittel und Güter trieb die Berliner Bevölkerung jedoch zu hektischen Angst- und Hamsterkäufen. Zugleich führte die Furcht vor Plünderungen zur polizeilichen Überwachung und zum vorzeitigen Schließen vieler Geschäfte. Das knapp werdende Papiergeld und vermehrt aufflammende Streiks verschiedener (städtischer) Betriebe, darunter die Hoch- und Straßenbahnen und die Gaswerke, stifteten Anfang August zusätzlich Verwirrung und sorgten für Erbitterung in der Bevölkerung.²²⁹

Verschärft wurde die unruhige Lage durch die nun übliche Orientierung des Handels am täglichen Dollarkurs und die damit einhergehende willkürliche Erhöhung der Lebensmittelpreise. Anfang Oktober nahmen die Preise innerhalb kürzester Zeit phantastische Ausmaße an. Dass es in dieser Situation noch zu keiner Eskalation in Berlin kam, hing wohl in erster Linie mit dem vorherrschenden Demonstrationsverbot und dem Ende September 1923 verkündeten Ausnahmezustand²³⁰ zusammen. Die Behörden versuchten außerdem, die Verhältnisse mithilfe des Einsatzes der sogenannten Wucherpolizei zu ordnen. Die mit der Überwachung von Lebensmittelgeschäften und Markthal-

227 Vgl. WEIPERT, *Das Rote Berlin*, S. 192.

228 KÖHLER, *Berlin*, S. 838.

229 Vgl. EBD., S. 839.

230 Die Ausrufung des Ausnahmezustandes durch die Reichsregierung am 30. September 1923 stand nicht mit der Situation in Berlin in Verbindung. Sie war vielmehr eine Folge der Auseinandersetzungen zwischen der Reichsregierung und der bayrischen Regierung.

len bereits vollständig überlastete Polizei hatte fortan auch die Preise für die Dauer von 24 Stunden festzusetzen und deren Einhaltung zu kontrollieren. Es dauerte jedoch nur wenige Tage, bis das mehr schlecht als recht funktionierende System zusammenbrach. Am 14. Oktober musste auch die Brotkarte aus dem Verkehr gezogen werden. Die Gründe waren, wie KÖHLER hervorhebt, haarsträubend und bezeichnend zugleich: »Die Kosten für das Papier, den Druck und die Ausgabe der Karten waren zu hoch!«²³¹

Mit der Abschaffung des verbilligten Brotes, des einzigen noch halbwegs sicheren Grundnahrungsmittels, waren die Berliner mit ihrer Geduld schließlich am Ende. Bereits einen Tag nach der Abschaffung der Brotkarte eskalierte die Situation. »In zahlreichen Straßen der typischen Arbeiterquartiere«, schildert LEFÈVRE, »bildeten sich [...] spontane Ansammlungen von Menschen, die erregt über Preise debattierten, in Bäckereien und Lebensmittelgeschäfte eindringen und dort Backwaren und Lebensmittel entwendeten.«²³² Zwischen dem 24. Oktober und der Einführung der Rentenmark stand die Stadt ganz im Zeichen von Demonstrationen, Hungerunruhen und -tumulten, an denen Berlinerinnen und Berliner jeden Alters beteiligt waren. Allein am 5. November seien LEFÈVRE zufolge weit über Tausend Fälle kollektiver und antisemitischer Übergriffe auf Geschäfte und Stadtbewohner registriert worden und auch am folgenden Tag zählte die Stadt immer noch mehrere Hundert Plünderungen.²³³ Zugleich häuften sich in jenen Tagen die Diebstähle auf den Feldern an der Peripherie der Stadt. Trotz eines großangelegten Polizeiaufgebots gelang es den Behörden kaum, den Ausschreitungen Einhalt zu bieten. Immer wieder sei die Vollstreckung polizeilicher Ordnungsmaßnahmen auf entschiedenen Widerstand gestoßen, sodass sich einige Polizeibeamte auch zum Gebrauch ihrer Schusswaffe gezwungen sahen.²³⁴ Ein Ende fanden die Unruhen schließlich Anfang Dezember mit der Konsolidierung der Rentenmark. Die Berliner Bevölkerung erhielt ihr Brot wieder zu »gewohnten« Preisen. Nahezu zehn Jahre nach dem Ausbruch des Weltkrieges erlebte die deutsche Hauptstadt ab Anfang des Jahres 1924 endlich die langersehnte langsame Normalisierung der Lebensmittelversorgung. Mit ihr verschwand auch ein Großteil der Massenverpflegungseinrichtungen. Obwohl diese bis zu diesem Zeitpunkt nach wie vor Hundertausende notleidende Berliner versorgten, verloren sie nun nach und nach an Bedeutung.

2.1.1 Nur mehr ein Akt der Wohltätigkeit: Die Berliner Volksspeisung

An eine Stilllegung des städtischen Massenverpflegungsbetriebs war in Anbetracht der anhaltenden Ernährungsprobleme und Notverhältnisse nach dem Krieg nicht zu denken. Die nur mäßig besuchte Volksspeisung musste aus Sicht der Berliner Stadtverwaltung vorerst weiterbetrieben werden. Doch die vor allem von den Vertretern der sozialdemokratischen Parteien angestrebte Aufrechterhaltung der Stadtküchen stellte mit fortschreitender Inflation eine schwer zu bewältigende Herausforderung dar. Während der ersten Monate nach dem Krieg griffen die Sozialdemokraten ihre Forderungen aus der Kriegszeit auf und versuchten unter den erschwerten Versorgungsbedingungen der

231 KÖHLER, Berlin, S. 843.

232 LEFÈVRE, Lebensmittelunruhen, S. 351.

233 Vgl. EBD., S. 353.

234 Vgl. EBD., S. 353f. Vgl. auch WETZEL, Die Inflation, S. 40.

unmittelbaren Nachkriegszeit eine Verbesserung der Volksspeisung herbeizuführen. Diese bot aus Sicht des USPD-Stadtverordneten Emanuel WURM, wie ALLEN darlegt, »die einmalige Gelegenheit [...], dem neuen Staat breiten Rückhalt in der Bevölkerung zu sichern. Die Stadtregierung der Nachkriegszeit würde städtische Verpflegung anbieten, die den Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiterklasse entsprach. Im Gegenzug würde man sich deren Bereitschaft guten Willens [sic!] sichern.«²³⁵ Als Bevollmächtigter für das Groß-Berliner Ernährungswesen veranlasste WURM nicht nur die Öffnung der Großküchen für den Abendbetrieb und die Erweiterung des täglichen Angebots, sondern auch die Abschaffung der unbeliebten wöchentlichen Registrierung.²³⁶

Der Magistrat begegnete dem sozialdemokratischen Reorganisierungseifer jedoch mit Skepsis, da ein rationelles Wirtschaften in den Küchen durch die fortgefallene Registrierung kaum mehr möglich war und der Stadt zudem die finanziellen Mittel für ein vielfältiges Mahlzeitenangebot in den Großküchen fehlten. Die Beschaffung der benötigten Lebensmittel war teuer, sodass bereits im März 1919 eine Erhöhung der Portionspreise vorgenommen werden musste. Die Preiserhöhung hielt schließlich noch mehr Berliner von der Volksspeisung fern, was dazu führte, dass das städtische Verpflegungsprogramm erstmals mit ernststen Verlusten zu arbeiten begann.²³⁷ Im Laufe des Frühjahrs 1919 sank die tägliche Inanspruchnahme der Küchen von 62.000 auf 35.000 Teilnehmer.²³⁸ Diese Entwicklung setzte sich fort. Trotz der verbreiteten Not in der Bevölkerung suchten Anfang des Jahres 1920 nur noch 10.000 bis 12.000 Berliner die Volksspeisung auf. Ein maßgeblicher Grund für den rapiden Rückgang der Besucherzahlen war der Umstand, dass mit der Erhöhung der Portionspreise keine Verbesserung des Mahlzeitenangebots einherging. Die Klagen über die »Schweinerereien« in der Volksspeisung und die fehlende Qualität der Speisen hielten weiter an.²³⁹ Zugleich waren mit der allmählich verbesserten Lebensmittelversorgung zunehmend weniger Menschen auf die Stadtküchen angewiesen. Ihre schwindende Inanspruchnahme veranlasste die Stadtverwaltung bereits im Sommer 1919 zur Schließung der ersten Zentralküchen und mehrerer Ausgabestellen. Zum Ende desselben Jahres war nur noch die Hälfte der Ausgabestellen in Betrieb.²⁴⁰ Die Küchen in der Treskowstraße/Wörther Straße und der Landsberger Allee waren die letzten beiden verbliebenen städtischen Großküchenstandorte, die den abeb-

235 ALLEN, *Hungrige Metropole*, S. 77

236 Vgl. EBD.

237 Vgl. EBD.

238 Vgl. KÄBER, *Berlin*, S. 150. Die Volksspeisung gab im Jahr 1919 im Durchschnitt 46.000 Tagesportionen aus – gegenüber 53.000 Tagesportionen im Jahr zuvor. Diese Berechnungen basieren auf den Angaben in: *Die Wohlfahrtseinrichtungen in der Stadtgemeinde Berlin*. Ein Auskunfts- und Handbuch, hg. von der ZENTRALE FÜR PRIVATE FÜRSORGE, Berlin 1921/22, S. 32.

239 Vgl. u.a. »Was geht bei der Massenspeisung vor?«, in: *Vorwärts*, 3. März 1920. »Die Volksspeisung«, in: *Freiheit*, 20. Februar 1921.

240 Vgl. KÄBER, *Berlin*, S. 151. Damit einhergehend wurde die Zahl der (lange ehrenamtlich arbeitenden) Beschäftigten in der Volksspeisung von rund 3.000 auf 300 reduziert. Nach dem Krieg wurden sie für ihre Tätigkeit bei der Stadt angestellt und gehörten somit zum »aufgeblähten und teuren Verwaltungsapparat«. Vgl. ALLEN, *Hungrige Metropole*, S. 78. Ferner »Der Kampf mit der Not«, in: *Vorwärts*, 2. Februar 1924.

benden Bedarf nach der Volksspeisung decken sollten, bis schließlich auch die Küche in der Landsberger Allee im Oktober 1921 stillgelegt wurde.

Organisatorisch erfuhr das geschrumpfte Volksspeisungsunternehmen seit dem Sommer des Jahres 1921 noch weitere Veränderungen. So wurde der Volksspeisungsbeirat der städtischen Wohlfahrtsdeputation²⁴¹ angegliedert, der damit die Oberaufsicht über die Stadtküchen übertragen wurde. Eingebettet in das System der öffentlichen Wohlfahrtspflege wurde die Volksspeisung fortan vor allem der unbemittelten und minderbemittelten Bevölkerung zugänglich gemacht. Insbesondere Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Erwerbslose sowie Klein- und Sozialrentner erhielten Vergünstigungen beim Bezug der Speisen. Entsprechend der Höhe des monatlichen Einkommens erhielten die Betroffenen das Essen entweder unentgeltlich oder zum ermäßigten Preis. Dabei wurden die vom Magistrat festgelegten Einkommensgrenzen im Laufe der Inflation mehrfach erhöht.²⁴² Mit ihrem Dasein als kommunale »Wohlfahrtsküche« sprach die Volksspeisung immer weniger Berliner an. Mittlerweile unterschied sie sich kaum noch von der *Armen-Speisungs-Anstalt* (ab 1923 *Wohlfahrtsspeisungsanstalt zu Berlin*) für unbemittelte Berliner, deren Notlage nicht auf den Krieg zurückging. Gegen Ende des Jahres 1921 lag die durchschnittliche Besucherquote der Volksspeisung in den Alt-Berliner Bezirken zwischen 9.000 und 11.000 Teilnehmern.²⁴³ Fast zwei Drittel der Besucher waren Schulkinder und Studenten. In den ehemaligen Außenbezirken fiel die Inanspruchnahme noch geringer aus. Hier bewegten sich die Teilnehmerzahlen in den einzelnen Bezirken im unteren dreistelligen Bereich.²⁴⁴ Die ausbleibende Teilnahme weiterer Bevölkerungskreise bewegte den Magistrat Anfang des Jahres 1922 schließlich zu dem Entschluss, die Volksspeisung bis Ende April 1922 zu schließen:

-
- 241 Die Deputation für allgemeine Wohlfahrt wurde nach dem Krieg eingerichtet. In ihr wurden sämtliche Arbeitsgebiete der öffentlichen Wohlfahrtspflege, die vorher verschiedenen Deputationen zugeordnet waren, zusammengeführt. Ihre Tätigkeitsbereiche umfassten neben der Volksspeisung u. a. das allgemeine Unterstützungswesen einschließlich Armenpflege, Arbeits- und Obdachwesen, Kriegsbeschädigten- und -hinterbliebenenfürsorge. Nähere Erläuterungen zum Berliner Wohlfahrtswesen nach dem Krieg unter 3.1. in diesem Kapitel.
- 242 Im Oktober 1922 erhielten unbemittelte Berliner mit einem monatlichen Einkommen bis zu 2.000 Mark die Speisen unentgeltlich. Minderbemittelte mit einem Monatseinkommen bis maximal 4.000 Mark bezogen die Speisen zum halben Preis. Vgl. »782. Vorlage für die Stadtverordnetenversammlung zu Berlin vom 27. Oktober 1922«, in: *Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin*, Nr. 49 (1922), hg. vom MAGISTRAT ZU BERLIN, Berlin 1922, S. 575–587, hier S. 579. Im April 1923 lagen die Einkommenshöchstgrenzen bei 15.000 Mark (Unbemittelte) bzw. 30.000 Mark (Minderbemittelte). Vgl. »355. Vorlage für die Stadtverordnetenversammlung zu Berlin vom 20. April 1923«, in: *Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin*, Nr. 14 (1923), hg. vom MAGISTRAT ZU BERLIN, Berlin 1923, S. 195–204, hier S. 196. Ferner Böß, *Die Not*, S. 26.
- 243 Vgl. »Die städtische Volksspeisung«, in: *Freiheit*, 8. Dezember 1921. Sowie »106. Vorlage für die Stadtverordnetenversammlung zu Berlin vom 27. Januar 1922«, in: *Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin*, Nr. 6 (1922), S. 75–86, hier S. 84f.
- 244 In den meisten ehemaligen Berliner Vororten wurden während des Krieges kommunale Volksspeisungs- bzw. Volksküchenunternehmen gegründet. Eine Angliederung dieser Küchen an die Alt-Berliner Volksspeisung fand nach der Eingemeindung nicht statt. Sie wurden von den jeweiligen Bezirksämtern eigenständig weitergeführt. Ihre Finanzierung war nun jedoch Aufgabe der Groß-Berliner Stadtverwaltung.

»Bei dieser geringen Beteiligung kann, abgesehen von den Schulkindern, für welche die Speisung in anderer Weise organisiert werden soll, eine Notwendigkeit zur Weiterführung der Volksspeisung nicht als vorliegend anerkannt werden. Sie führt, da die vorhandene Küchenanlage nicht voll ausgenutzt wird, andererseits aber die Ausgaben für Lebensmittel, sowie die Betriebskosten dauernd steigen, dazu, daß die Volksspeisung erhebliche Zuschüsse fordert, welche die Stadtgemeinde auf die Dauer nicht zu leisten imstande ist.«²⁴⁵

Der Beschluss zur Aufhebung der Volksspeisung rief jedoch unter den verbliebenen Teilnehmern »eine große Beunruhigung« hervor. Aus allen Ausgabestellen erreichten den Magistrat Petitionen, in denen die wirtschaftlich schlechten Verhältnisse der Volksspeisungsgäste betont wurden.²⁴⁶ Sie alle waren auf ein Fortbestehen der Stadtküchen angewiesen und baten eindringlich darum, den Beschluss aufzuheben. Der Magistrat sah sich daraufhin veranlasst, seine Entscheidung zu überdenken und beschloss, den bedürftigen Bevölkerungskreisen auch weiterhin ein warmes und kräftiges Mittagessen zur Verfügung zu stellen. Da das Kostenproblem der Volksspeisung weiterhin bestehen blieb, suchten die Verantwortlichen nach weiteren Finanzquellen. Neben einer erneuten Anhebung der Portionspreise sollten die Kosten fortan durch »erhöhte Überschüsse« der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke bestritten werden.²⁴⁷ Auch diese begrenzten Mittel reichten bald nicht mehr aus, wodurch die Stadtverwaltung in der Folge wiederholt in Bedrängnis geriet. Einerseits war sie mittlerweile wieder von der Notwendigkeit der Fortführung der Volksspeisung überzeugt.²⁴⁸ Andererseits stand die Inanspruchnahme der Stadtküche in keinem Verhältnis zum Aufwand, den die Behörden für die Aufrechterhaltung des Verpflegungsangebots betrieben.

Nur mehr 9.000 minderbemittelte Berliner suchten Anfang 1923 täglich die übrig gebliebenen siebzehn Ausgabestellen der Volksspeisung in den Alt-Berliner Bezirken auf.²⁴⁹ Ganz Groß-Berlin zählte rund 18.000 Stadtküchenbesucher, wobei der überwiegende Teil der Teilnehmer die Literportion zum Preis von 228 Mark unentgeltlich bezog. Damit verpflegte die Volksspeisung nicht einmal ein Prozent der Bevölkerung in der Viermillionenstadt. Der Berliner, erklärte Böls, habe sich nie so recht an die

245 106. Vorlage für die Stadtverordnetenversammlung zu Berlin vom 27. Januar 1922, S. 85.

246 Vgl. »Vorlage 261g für die Stadtverordnetenversammlung zu Berlin vom 28. April 1922«, in: Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin, Nr. 23 (1922), S. 261–269, hier S. 262. Vgl. auch »Weiterbetrieb der Volksspeisung«, in: *Vorwärts*, 16. April 1922.

247 Vgl. EBD. Sowie »649. Dringlichkeitsvorlage für die Stadtverordnetenversammlung zu Berlin vom 8. September 1922«, in: Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin, Nr. 39 (1922), S. 461–475, hier S. 470f. »Die Teuerungssaktion des Magistrats«, in: *Vorwärts*, 9. September 1922. Ferner »Teuerung und Volksspeisung«, in: *Vorwärts*, 15. August 1922.

248 Vgl. Schreiben der Deputation für das Ernährungswesen an den Deutschen Städtetag vom 10. Oktober 1922. LAB, B Rep. 142–01, StB 924. Vgl. auch »761. Vorlage für die Stadtverordnetenversammlung zu Berlin vom 12. Oktober 1923«, in: Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin, Nr. 35 (1923), S. 399–402, hier S. 400.

249 Vgl. Böls, Die Not, S. 26. Ferner »Not und Elend in Berlin«, in: *Vorwärts*, 24. Januar 1923. »877. Vorlage für die Stadtverordnetenversammlung zu Berlin vom 11. Dezember 1922«, in: Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin, Nr. 57 (1922), S. 649–652, hier S. 649f.

Volksspeisung gewöhnen können und sei mittlerweile »vollständig davon entwöhnt«. ²⁵⁰ Hunderttausende Berliner waren dem sozialen Elend ausgesetzt und dennoch war sich die Stadtregierung sicher, dass die Teilnehmerzahl

»[...] nicht mehr die Höhe erreichen [wird] wie während des Krieges, weil die Verhältnisse heute ganz anders liegen als damals. Damals gingen die meisten der Frauen, deren Männer sich im Heeresdienst befanden, dem Broterwerb nach und waren infolgedessen nicht in der Lage, selbst das Mittagessen zu kochen; außerdem gab es auch nicht genügend Lebensmittel in Deutschland; heute dagegen führen die Frauen wieder ihren Haushalt und kochen auch nach Möglichkeit das Mittagessen wieder selbst, heute sind aber auch Lebensmittel vorhanden, und nur deren Beschaffung ist infolge der außerordentlichen Teuerung sehr erschwert. Nur wo die Not zu krasse Formen annimmt, werden die Hausfrauen das Mittagessen aus der Volksspeisung beziehen.« ²⁵¹

An der vorherrschenden Ansicht, dass die Großküche nicht mehr als massentaugliches Mittel zur Linderung der Not in der Bevölkerung betrachtet werden könne, hielt der Berliner Magistrat auch in den Wochen der Hyperinflation fest. Damit war er nicht allein, denn auch zahlreiche weitere deutsche Gemeinden stellten die Zweckdienlichkeit der Massenspeisung in Frage. ²⁵² Eine andere Auffassung vertrat hingegen das Preußische Staatsministerium für Volksernährung. Dessen Leiter Hugo WENDORFF (1864–1945) rechnete Ende September 1923 mit einer starken Zunahme des Notstands in der Bevölkerung im kommenden Winter und forderte die preußischen Großstädte mit einem Runderlass zur erneuten Einrichtung von Notstandsspeisungen auf:

»Die Einrichtung solcher Notstandsspeisungen ist stets eine Aufgabe der Gemeinden gewesen, deren Erfüllung ihnen auch jetzt obliegen wird. Sie werden zu diesem Zwecke die aus der Kriegszeit bei ihnen etwa noch bestehenden Einrichtungen wieder auszubauen und dort, wo solche nicht mehr vorhanden sind, wieder einzurichten haben. [...] Die Kosten der Durchführung der Notstandsspeisungen sind, da staatliche Mittel hierfür zur Zeit leider nicht zur Verfügung gestellt werden können, von den Gemeinden unter Mitverwendung der durch die freiwilligen Sammlungen eingehenden Mittel zu tragen.« ²⁵³

Noch bevor die preußischen Gemeinden auf den Erlass reagieren konnten, setzte das Ernährungsministerium die Bevölkerung über die bevorstehende Volksspeisungsaktion in Kenntnis. Mit seinem Aufruf zur »Hilfe für hungernde Volksgenossen«, den die Berliner Tageszeitungen am 29. September veröffentlichten, versuchte das Ministerium die dringend benötigten Spendenmittel einzutreiben. ²⁵⁴ Die Hauptstadtpresse zeigte

250 Vgl. »Der Abbau der Not«, in: *Vorwärts*, 3. September 1922.

251 Schreiben der Deputation für das Ernährungswesen an den Deutschen Städtetag vom 10. Oktober 1922. LAB, B Rep. 142–01, StB 924.

252 Vgl. ALLEN, *Hungrige Metropole*, S. 80f.

253 Schreiben des Preußischen Staatskommissars für Volksernährung an die Herren Regierungspräsidenten und Herrn Oberpräsidenten in Berlin vom 29. September 1923. LAB, B Rep. 142–01, StB 924.

254 Vgl. hierzu u.a. »Hilfe für hungernde Volksgenossen!« in den Morgen-Ausgaben der *Berliner-Börsen-Zeitung*, des *Berliner Tageblatts*, der *Vossischen Zeitung* und des *Vorwärts*, 29. September 1923.

sich jedoch zugleich wenig überzeugt von den Plänen des Staatskommissars. Die Aktion komme »ein wenig spät« und sei »nichts als eine schöne Geste«. ²⁵⁵ Die Gemeinden reagierten derweil mit Bestürzung und Unmut auf das Vorgehen WENDORFFS, da »dieser Erlass ergangen ist, ohne dass darüber vorher eine Fühlungnahme mit den Vertretern der Gemeinden stattgefunden hat« ²⁵⁶. Die Wiedereinführung der Massenküche wurde von Seiten der Gemeindevertretungen rundweg abgelehnt. In einer Mitteilung setzte der Deutsche Städtetag den Staatsminister über ihre grundsätzlichen Bedenken hinsichtlich der Massenverpflegung in Kenntnis. Hierbei wurde nicht nur die verbreitete »starke Abneigung gegen die Massenküchen« in der Bevölkerung betont, sondern auch deren Wirtschaftlichkeit in Frage gestellt:

»Abgesehen davon, dass mit Abfällen und Resten weit weniger gespart wird, als in einem privaten Haushalt, [und] dass die Verteilung des zentral hergerichteten Essens auf die verschiedenen Speisestellen und die Einrichtung von Speiseräumen erhebliche Sonderaufwendungen erfordern, stellt der Brennstoffaufwand für die Massenküchen einen ziemlich reinen Verlustfaktor dar, weil in der Mehrzahl der Haushaltungen die Feuerung zum Kochen zugleich zur Erwärmung der Räume dient.« ²⁵⁷

Darüber hinaus verwiesen die Gemeindevertreter auf die außerordentlichen Kosten dieser Aktion, die die finanziell schwer angegriffenen Gemeindehaushalte nicht ohne »beträchtliche Staatsmittel« bestreiten konnten. ²⁵⁸ Durch den Erlass stünden die Gemeinden nun unter einem »so starken moralischen Druck vor der Öffentlichkeit«, dass sie sich den an sie gestellten Forderungen »nur sehr schwer werden entziehen können«. Der Preußische Staatskommissar wies die hervorgebrachten Einwände des Städtetages zurück und unterstrich nochmals die zwingende Notwendigkeit der Massenversorgung. »Sollten weitere Schichten der Bevölkerung unter Mangel an Nahrung leiden,« erklärte WENDORFF, »so könnten sich hieraus in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht Schwierigkeiten ergeben, deren Folgen nicht übersehbar sind.« ²⁵⁹

Inmitten der chaotischen Wochen der Hyperinflation sah sich die Hauptstadtverwaltung nun gezwungen, das Volksspeisungswesen einer Generalüberholung zu unterziehen. Hierbei drängte die SPD auf eine Erweiterung des Empfängerkreises für die unentgeltliche Speiseabgabe, die von allen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung befürwortet wurde. ²⁶⁰ Bereits im Frühjahr 1923 kritisierte der *Vorwärts* die unerschwinglichen Preise des Mittagessens, das sich nur noch die wenigsten zuzahlenden Kostgänger

255 Vgl. »Die Volksspeisungsaktion«, in: *Vorwärts*, 26. September 1923. »Notverpflegung im Haushalt«, in: *Vossische Zeitung*, 11. Oktober 1923.

256 Schreiben des Deutschen Städtetags an den Preußischen Herrn Minister des Inneren vom 4. Oktober 1923. LAB, B Rep. 142–01, StB 924.

257 EBD.

258 Vgl. EBD. Vgl. auch Mitteilung des Preußischen Städtetages an die Preußischen Mitgliedstaaten vom 4. Oktober 1923. LAB, B Rep. 142–01, StB 924.

259 Schreiben des Preußischen Staatskommissars für Volksernährung an den Deutschen Städtetag vom 16. Oktober 1923. LAB, B Rep. 142–01, StB 924.

260 Vgl. »Ausbau der Volksspeisung«, in: *Vorwärts*, 3. Oktober 1923. Sowie »Die Notmaßnahmen der Stadt«, in: *Vorwärts*, 17. Oktober 1923. Ferner »Die Volksspeisungsaktion«, in: *Vorwärts*, 18. Oktober 1923.

leisten konnten. Zwischen Mitte März und Mitte Oktober 1923 waren die Kosten für die Literportion von 576 Mark auf 16,8 Millionen Mark gestiegen.²⁶¹ Gegen Ende Oktober betrug der Portionspreis rund 140 Millionen Mark. Da die finanziellen Ressourcen für die geforderte Ausweitung der unentgeltlichen Speiseabgabe nicht ausreichten, machte die Stadtverwaltung ihre Umsetzung von der Höhe der Spendengelder abhängig. Zugunsten der Volksspeisung wurden Wohltätigkeitsveranstaltungen organisiert und auch eine nicht unumstrittene Tanzsteuer eingeführt.²⁶² Doch die dadurch eingenommenen Mittel reichten gerade, um den Fortbestand der Volksspeisung zu sichern. Der *Vorwärts* beklagte die unzureichende finanzielle Unterstützung der preußischen Regierung und teilte mit, dass die Erträge der Sammlungen nicht ausreichten, um den Empfängerkreis für die unentgeltliche Speiseabgabe auszuweiten.²⁶³ Auf dem Höhepunkt der Inflation und in den schwierigen ersten Monaten des Jahres 1924 zählte die Volksspeisung im gesamten Groß-Berliner Stadtgebiet gerade einmal 20.000 Besucher täglich.²⁶⁴ Etwa die Hälfte der Küchenteilnehmer bestritt die Kosten für die Mahlzeiten als »Vollzahler« aus eigener Tasche. Es ist fraglich, ob die von der SPD geforderte Ausdehnung des unentgeltlich versorgten Teilnehmerkreises eine signifikante Steigerung der Besucherzahlen herbeigeführt hätte. Die geringe Inanspruchnahme der Volksspeisung stand in keinem Verhältnis zur verbreiteten Not in der Bevölkerung. Bereits ohne die Ausweitung des Empfängerkreises fiel die Gruppe der unbemittelten Berliner, die zur kostenlosen Speisung berechtigt waren, größer aus als die Zahl der tatsächlich unentgeltlich Verpflegten. Da die Besucherzahlen die einzigen verfügbaren Quellen sind, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen, was die Mehrheit der Berliner tatsächlich von der Volksspeisung gehalten hat. Aus den Zahlen in den katastrophalen Inflationsjahren lässt sich jedoch schließen, was die breite Masse der Hauptstadtbevölkerung bereits während des Krieges deutlich zu erkennen gab: die Berliner waren nicht gewillt, ihre Not vor aller Augen preiszugeben. Mehr denn je wollten sie ihren Stolz wahren und lehnten das »Almosen-Mittagessen« der städtisch-organisierten Wohltätigkeit ab.

Für einige der erwerbslosen und von Armut betroffenen Berliner, von denen es auch in den Jahren der wirtschaftlichen Stabilisierung und des industriellen Aufschwungs ab

261 Vgl. »Unerschwingliche Preise bei der Volksspeisung«, in: *Vorwärts*, 15. März 1923. »Was kostet das Essen der Volksspeisung«, in: *Vorwärts*, 19. Oktober 1923.

262 Vgl. »Für die Volksspeisung«, in: *Vorwärts*, 30. Dezember 1923. »Eine Tanzsteuer«, in: *Vorwärts*, 6. Januar 1924. Sowie »Das Wohlfahrtsoffer der Tanzlustigen«, in: *Vorwärts*, 12. Januar 1924. Die »Wohltätigkeitstanzerei« wurde sowohl von den Vertretern der städtischen Wohlfahrtspflege als auch von den privaten Berliner Wohlfahrtsorganisationen abgelehnt. »Die städtische und die Freie Wohlfahrtspflege [...], so die Sozialreformerin WRONSKY, »kennen den Ernst der Notlage der Berliner Bevölkerung und sind mit allen Kräften bemüht, dieser Not durch Opferbereitschaft aller Schichten zu begegnen. Dazu sollen alle Mittel dienen, die aus der Erkenntnis sozialer Verpflichtung heraus fließen, alle Mittel, die von dem Gedanken der Nächstenliebe und Verbrüderung getragen sind. Mit schärfster Entschiedenheit sind aber alle Mittel abzulehnen, die in gedankenloser Weise die Not des Volkes zum Vorwand der Vergnügungssucht machen [...].« Siehe hierzu »Der Kampf mit der Not«, in: *Vorwärts*, 2. Februar 1924. Zur »Tanzmanie der Nachkriegszeit« vgl. TORP, Konsum, S. 78f.

263 Vgl. »Arbeiterwohlfahrt und Notdienst«, in: *Vorwärts*, 15. November 1923.

264 Vgl. »Selbsthilfe und Auslandshilfe in Berlin«, in: *Deutsche Allgemeine Zeitung*, 10. April 1924. »Die Notmaßnahmen der Stadt«, in: *Vorwärts*, 17. Oktober 1923.

Mitte der 1920er Jahre noch immer Hunderttausende gab, blieb die Volksspeisung unbestreitbar eine unverzichtbare Fürsorgeeinrichtung.²⁶⁵ Vor allem während der Weltwirtschaftskrise ab 1929 sollte sie von den notleidenden Berlinern noch einmal vermehrt in Anspruch genommen werden.²⁶⁶ Für die Mehrheit ihrer Küchenbesucher war und blieb die ursprünglich für jedermann gedachte Volksspeisung jedoch nicht mehr als ein Nothelfer der Kriegs- und Krisenzeit. Spätestens mit der Verbesserung der Berliner Versorgungsverhältnisse entwickelte sich die von Anfang an allseits verschmähte Volksspeisung in großen Schritten zu dem, was sie zum Zeitpunkt ihrer Gründung niemals zu sein beabsichtigte – einem »unbeliebten« Akt der Wohltätigkeit.

2.1.2 Der Gedanke zündet nicht: Philanthropische und betriebliche Massenverpflegung

Neben der Volksspeisung existierte in den Jahren nach dem Krieg weiterhin eine kaum zu überschauende Zahl privat-wohltätiger und betrieblicher Speiseeinrichtungen, die nach wie vor auf die unterschiedlichen Bedürfnisse und Ansprüche der Berliner zu reagieren versuchten. Wie die Volksspeisung kämpften auch diese Massenverpflegungsbetriebe mehrheitlich mit den Härten der Inflation. Anders als noch zur Kriegszeit fiel es auch ihnen nach dem Krieg immer schwerer, die Berliner für ihre Speiseangebote zu gewinnen.

Wie andere Wohltätigkeitsvereine und -einrichtungen wurde auch der überwiegende Teil der privat-wohltätigen Großküchen durch Spenden und »Liebesgaben« aus den wohlhabenderen Kreisen finanziert. Die Vermögensverluste des mittleren und Kleinbürgertums infolge der Geldentwertung bewirkten zwangsläufig eine abnehmende Spendenbereitschaft und einen Rückgang des bürgerlichen Engagements für wohltätige Zwecke.²⁶⁷ Zahlreiche philanthropische Einrichtungen waren nicht mehr imstande, ihre vielfach langjährige Wohltätigkeitsarbeit fortzuführen. Zu den Betroffenen zählte auch der *Verein für Kindervolksküchen*, der in den revolutionären Novembertagen 1918 sein 25-jähriges Bestehen feierte. In den Nachkriegsjahren arbeitete ABRAHAM'S Verein mit immer größeren Verlusten. Anfang des Jahres 1921 sah er sich schließlich gezwungen, den Betrieb seiner sechzehn Mittelstands- und Beamtenküchen, die bis zuletzt rund

265 Gleiches gilt für die von der Stadt weiterhin finanzierten Armenküchen der *Wohlfahrtsspeisungsanstalt zu Berlin*. Ihre Inanspruchnahme sank zwischen November 1923 und November 1924 von rund 11.500 auf etwa 2.800 Tagesportionen. Seit Ende 1924 bis Anfang 1929 schwankte die Portionenzahl zwischen 2.000 und 4.000 Portionen täglich. Vgl. hierzu Geschäftsbericht der Wohlfahrtsspeisung zu Berlin e.V. vom 1. Oktober 1927 bis 31. März 1929. LAB, A Rep. 060–21, Nr. 28. Im Jahr 1927 unterhielt das städtische Wohlfahrtsamt in sechzig kommunalen Ämtern Volksspeisungseinrichtungen. Die Wohlfahrtsspeisung umfasste zu diesem Zeitpunkt noch immer vierzehn Küchenstandorte. Vgl. *Die Wohlfahrtseinrichtungen in der Stadtgemeinde Berlin* (Graubuch). Ein Auskunfts- und Handbuch, hg. vom ARCHIV FÜR WOHLFAHRTSPFLEGE BERLIN, Berlin 1927, S. 17. Siehe hierzu auch das »Verzeichnis der gemeinnützigen Speiseeinrichtungen in Berlin«, in: EBD., S. 329ff. Zur Erwerbslosigkeit in Berlin vgl. GLATZER, Berlin zur Weimarer Zeit, S. 233.

266 Vgl. TORP, Konsum, S. 75.

267 Vgl. JUCHACZ, Marie und Johanna HEYMANN: *Die Arbeiterwohlfahrt. Voraussetzungen und Entwicklung*, Berlin 1924, S. 17f. Vgl. auch ALLEN, *Hungrige Metropole*, S. 85.

4.000 Gäste täglich zählten, einzustellen.²⁶⁸ Doch nicht nur die philanthropischen Großküchen, sondern auch kommerzielle Massenverpflegungseinrichtungen wie die *Aschinger*-Betriebe und die *Volks-Kaffee- und Speisehallen-Gesellschaft* kämpften nach dem Krieg ums Überleben. Letztere zählte im ersten Halbjahr 1919 nahezu 30.000 Besucher täglich und kam dennoch nicht umhin, ihre neun Speisehallen im Juli 1919 zu schließen.²⁶⁹ Trotz solcher Entwicklungen blieben dem Berliner Massenverpflegungswesen der Nachkriegszeit weiterhin viele Großküchen erhalten, die während des Krieges an Bedeutung gewonnen hatten. So blieb z.B. die Gulaschkanone der *Heilsarmee* ein vertrautes Bild im Berliner Alltag. Umlagert »von Ketten Armer und Alter« versorgten fünfzehn Feldküchen im Frühjahr 1924 täglich rund 3.500 Berliner.²⁷⁰ Darüber hinaus zählten die Küchen des *Vaterländischen Frauenvereins* im Februar 1924 22 Standorte, die täglich bis zu 5.000 Portionen ausgaben.²⁷¹ Die kirchliche Wohlfahrtspflege unterhielt zusammen mehr als 130 Küchen und Speiseausgabestellen, die täglich über 20.000 Portionen verteilten. Weitere 2.500 Portionen wurden von siebzehn jüdischen Wohlfahrtsküchen bereitgestellt, zu denen weiterhin auch die rituelle Küche des *Israelitischen Heimathaus* von ABRAHAM gehörte. Auch der *Verein der Berliner Volksküchen von 1866* blieb nach dem Krieg aktiv, betrieb jedoch deutlich weniger Küchen als vor dem Krieg.²⁷²

Der *Deutschen Allgemeinen Zeitung* zufolge wurden Anfang des Jahres 1924 in ganz Berlin täglich etwa eine Viertelmillion Portionen verabreicht. Mehr als die Hälfte davon trugen die philanthropischen Küchenbetriebe bei.²⁷³ Die Schließung vieler Einrichtungen während der Nachkriegsjahre verminderte die Leistungen des privat-wohlätigen Massenverpflegungswesens kaum, was vor allem auf die Gründung zahlreicher neuer Verpflegungseinrichtungen zurückzuführen ist. Zu erwähnen sind hierbei die Aktivitäten der im Dezember 1919 gegründeten *Arbeiterwohlfahrt*, die als eigenständige Wohlfahrtsorganisation der Sozialdemokratie ein umfassendes Netzwerk an Fürsorgeeinrichtungen aufbaute. Neben Kinderbetreuungsstätten, Nähstuben und Beratungsstellen organisierte die »Selbsthilfe der Arbeiterschaft« in verschiedenen Berliner Bezirken eine Reihe von Notspeisungen und unentgeltlichen Mittagstischen, die Hunderten Kindern und

268 Vgl. »Die billige Mahlzeit – Müssen die Mittelstandsküchen eingehen?«, in: *Vorwärts*, 3. März 1920. »Hungerlöhne«, in: *Freiheit*, 31. Dezember 1920. »Das Ende der Massenspeisungen«, in: *Freiheit*, 22. Januar 1921. Ferner ALLEN, *Hungrige Metropole*, S. 79.

269 Vgl. »Volksernährung in Groß-Berlin«, in: *Vorwärts*, 14. Juli 1919. »Zur Schließung der Volkskaffees und Speisehallen«, in: *Vorwärts*, 20. Juli 1919.

270 Finanziert wurden die Gulaschkanonen der Heilsarmee hauptsächlich mithilfe von Sammlungen des *Berliner Tageblatts*. Vgl. »Selbsthilfe und Auslandshilfe in Berlin«, in: *Deutsche Allgemeine Zeitung*, 10. April 1924. Sowie LANGE, *Berlin in der Weimarer Republik*, S. 433.

271 Vgl. hierzu und den folgenden Ausführungen »Selbsthilfe und Auslandshilfe in Berlin«, in: *Deutsche Allgemeine Zeitung*, 10. April 1924.

272 Der Verein konnte im Alt-Berliner Stadtgebiet nur eine Küche aufrechterhalten. Eine weitere unterhielt er im Berliner Bezirk Lichtenberg. Vgl. *Die Wohlfahrtseinrichtungen in der Stadtgemeinde Berlin*, S. 32. Sowie »Verzeichnis der gemeinnützigen Speiseeinrichtungen in Berlin«, in: Graubuch 1927, S. 329ff.

273 Abzüglich der Leistungen der Volksspeisung, der städtischen Armenküchen und der ausländischen Hilfsaktionen gaben die philanthropischen Großküchen rund 130.000 Portionen täglich aus. Vgl. hierzu »Selbsthilfe und Auslandshilfe in Berlin«, in: *Deutsche Allgemeine Zeitung*, 10. April 1924.

arbeitslosen Jugendlichen zugutekamen.²⁷⁴ Darüber hinaus schloss sich die *Arbeiterwohlfahrt* im November 1923 mit verschiedenen Berliner Frauenorganisationen zum »Notdienst Berliner Frauen« zusammen, der während der Wintermonate in allen Berliner Stadtteilen zahlreiche »Gastküchen« für die notleidende Bevölkerung organisierte.²⁷⁵

Nahezu zeitgleich startete in Berlin ein weiteres Großküchenprojekt für den verarmten Berliner Mittelstand. Am 22. Oktober 1923 eröffnete im Apothekenflügel des Berliner Stadtschlosses eine Mittelstandsküche für rund 1.000 Personen. Ihre Initiatorin war keine Geringere als die Österreicherin Eugenie SCHWARZWALD, die seit Anfang 1917 mit dem *Verein zur Schaffung und Erhaltung von Gemeinschaftsküchen* in Wien regen Zuspruch erfuhr. Die Not in Berlin veranlasste die bestens vernetzte Sozialreformerin zur Gründung eines »Aktionskomitees« – die *Österreichische Freundeshilfe*. Mit ihr wollte SCHWARZWALD die Idee des Gemeinschaftsmittagstischs für »Notleidende der geistigen Berufe« auch in Berlin umsetzen. Die Berliner Stadtverwaltung empfing die »Mutter« der Wiener Gemeinschaftsküchen mit offenen Armen und »stellte Tische und Stühle zur Verfügung, mit denen die angrenzenden Räume [der Schlossküche] in Speisesäle verwandelt wurden«²⁷⁶. Die Ausstattung der Küche finanzierte ihre Gönnerin mit einem Kredit des Österreichischen Verbands der Banken und Bankiers. Während der ersten Wochen ihres Bestehens erhielt die erste Berliner SCHWARZWALD-Küche regen Zuspruch:

»An sauber gedeckten Tischen wird gegessen, Blumentöpfe stehen auf den Borden; nichts, was irgendwie nach »Abspeisung« aussieht. Man hat Gelegenheit, von der Mahlzeit zu kosten. Wienerische Küche, das besagt alles. Ein Blick auf das Publikum. Menschen, denen man es ansieht, daß sie entweder »unter Tarif« bezahlt werden oder stellungslos sind oder – wie die alten Leutchen dort am Fenster – nicht mehr von ihrer Hände Arbeit sich ernähren können, Menschen auch, die trotz allem immer noch darauf halten, sich mit einem reinen Kragen zu Tisch zu setzen.«²⁷⁷

Das Mittagessen für 400 Millionen Mark bzw. dreißig Goldpfennig konnten sich dennoch viele der anstehenden Speisewilligen nicht leisten – zum Bedauern der Küchengründerin:

»Tausende gehen weinend weg. Die wenigen, die es zahlen können, dünken sich glücklich und geborgen; [... d]ie übrigen lassen sich meistens nur mit Hilfe der Polizei entfernen, weil sich die Hungernden durch kein Zureden bereden lassen, das Tor der Gaststätte, nach der sie sich sehnen, zu verlassen. Es ist eben wirkliche Hungersnot in Berlin.«²⁷⁸

274 Vgl. JUCHACZ/HEYMANN, *Arbeiterwohlfahrt*, S. 116f und S. 121f. »Unsere Nothilfe«, in: *Vorwärts*, 9. Dezember 1923. Zur Gründung und Entwicklung der Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen in den 1920er Jahren vgl. ausführlich KUFFERATH, Philipp und Jürgen MITTAG: *Geschichte der Arbeiterwohlfahrt (AWO)*, Bonn 2019, insb. S. 65ff.

275 »Arbeiterwohlfahrt und Notdienst«, in: *Vorwärts*, 15. November 1923. »Ein Notdienst der Berliner Frauen«, in: *Vorwärts*, 24. November 1923. »Der Notdienst Berliner Frauen«, in: *Vorwärts*, 3. Februar 1924. Ferner EIFERT, Christiane: *Frauenpolitik und Wohlfahrtspflege. Zur Geschichte der sozialdemokratischen »Arbeiterwohlfahrt«*, Frankfurt a.M. 1993, S. 59f.

276 HOLMES, Deborah: *Langeweile ist Gift. Das Leben der Eugenie Schwarzwald*, St. Pölten 2012, S. 228.

277 »Satt zu essen«, in: *Deutsche Allgemeine Zeitung*, 23. Oktober 1923.

278 SCHWARZWALD, Eugenie: »Ein Hilferuf aus Berlin«, in: *Neues Wiener Tagblatt*, 28. Oktober 1923.

In den Wiener Zeitungen rief SCHWARZWALD zum Spenden auf, um weitere Küchen und vor allem Freispeisungen zu finanzieren. Im Laufe des Winters 1923/24 eröffnete die *Österreichische Freundeshilfe* eine »Arbeitslosenküche« in der Nordbahnstraße in Pankow, eine »Künstlerküche« im Keller des Neuen Schöneberger Rathauses und eine »Ärztteküche« in der Kurfürstenstraße.²⁷⁹ Doch anders als in Wien erlebten die vier Gemeinschaftsküchen in Berlin, die zusammen mehr als 2.000 Personen verpflegen konnten, keinen vermehrten Zulauf. Anfang Juni 1924 berichtete der *Vorwärts* über ihre geringe Inanspruchnahme und betonte, dass diese nicht als günstiges Zeichen für eine verbesserte Lage des Mittelstandes gewertet werden könne. Der Grund sei vielmehr darin zu suchen, »daß die von der Zeit besonders entschlußlos gewordenen Kreise sich in voller Teilnahmslosigkeit lieber dem allmählichen Selbstmord ergeben, als die ihnen gebotenen Lebensmöglichkeiten auszunutzen«²⁸⁰. Da die Speiseteilnehmer ausblieben, musste der Betrieb der unrentablen Pankower Küche bereits im September 1925 eingestellt werden. Regen Zuspruch erhielten die österreichischen SCHWARZWALD-Küchen lediglich von den Studierenden, was die *Freundeshilfe* dazu bewog, auch an den verschiedenen Berliner Hochschulen und der Charité mehrere Gemeinschaftsküchen einzurichten. Doch auch diese Einrichtungen betrieb SCHWARZWALD nur geraume Zeit. Im Frühjahr 1927 fasste sie den Entschluss, ihre Großküchenaktivitäten in Berlin einzustellen. Anders als in Wien, wo sich ihre Verpflegungseinrichtungen nach dem Krieg wachsender Beliebtheit erfreuten, zündete der Gedanke der Gemeinschaftsküchen in Berlin nicht.²⁸¹ Ende Mai 1927 übergab SCHWARZWALD den Großteil ihrer Küchen dem Berliner Studentenwerk. Die übrigen Einrichtungen übernahmen private Pächter. So verlor die deutsche Hauptstadt nach dem *Kindervolksküchenverein* eine weitere bedeutende Förderin der Mittelstandsküche. Auch wenn die philanthropische Mittelstandsverpflegung damit nicht gänzlich aus dem Berliner Stadtbild verschwand, so macht ihre Entwicklung nach dem Krieg doch deutlich, dass sie für die betroffenen Bevölkerungsgruppen langfristig keine ansprechende Alternative zum privaten Mittagstisch darstellte.²⁸² Wie die Volksspeisung blieb auch die Mittelstandsküche in Berlin nicht mehr als ein »Notbehelf«, der lediglich in Krisenzeiten vermehrt Akzeptanz erfuhr.

Von der Rückkehr der Berliner zu »gewohnten« Verhältnissen und der abnehmenden Bedeutung der Massenverpflegung nach dem Krieg waren nicht nur die privatwohl-tätigen und kommunalen Großküchen betroffen. Auch die betriebliche Massenverpflegung, die vor allem ab der zweiten Kriegshälfte in den kriegswichtigen Unternehmen vermehrt eingerichtet wurde, erlebte durch den Krieg keinen nachhaltigen Aufschwung. Im Jahr 1925 zählte Berlin mehr als 3.700 gewerbliche Großbetriebe, von denen nur wenige über eine Betriebsspeisung verfügten. Hierzu gehörten mit *Borsig*, *Siemens-Schuckert*, der *AEG* und der Papierfabrik *Max Krause* vor allem solche Unternehmen, die über einen hohen Anteil weiblicher Arbeitskräfte verfügten und bereits vor dem Krieg eine

279 Vgl. DEICHMANN, *Leben mit provisorischer Genehmigung*, S. 187 und S. 194.

280 »Die ungenützte Künstlerhilfe«, in: *Vorwärts*, 3. Juni 1924.

281 Vgl. HOLMES, *Langeweile*, S. 230.

282 Im Jahr 1927 gab es in Berlin nach wie vor eine kleine Zahl an Mittelstandsküchen, die von verschiedenen philanthropischen Vereinen betrieben wurden. Vgl. »Verzeichnis der gemeinnützigen Speiseeinrichtungen in Berlin«, in: *Graubuch 1927*, S. 329ff.

umfassende Arbeiter-Wohlfahrtspflege betrieben. Nach einer Umfrage der Berliner Gewerbeaufsichtsämter im Sommer 1921 unterhielten darüber hinaus auch die Glühlampenfabrik der *Auerlicht-Gesellschaft*, die *Osräm*-Werke sowie die Zigarettenfabrik *Massary* großzügige Speiseeinrichtungen und Fabrikküchen.²⁸³ Insgesamt blieb die Betriebsverpflegung eine Ausnahmeerscheinung, die sich im Alltag der Berliner Arbeiterschaft nur stellenweise durchsetzte. Ulrike THOMS kam bereits vor einigen Jahren im Rahmen ihrer Forschungen zum betrieblichen Kantinenwesen in Deutschland zu dem Ergebnis, dass der Weltkrieg – anders als z. B. in England – nicht zu einer »merklich größeren Akzeptanz« beitrug:

»Trotz der Bemühungen der Werksleitungen, im Hinblick auf die Produktivität die knappen Rationen aus eigenen Mitteln aufzustocken, blieb die Nutzung der Kantinen trotz gewährter Extrazulagen eher dürftig, zumal diese Zuteilungen schließlich enorm absanken. Nach Ende des Ersten Weltkrieges hing ihnen lange das negative Bild der Massenspeisungskost an.«²⁸⁴

Nicht wenige der zu Kriegszeiten rasch hergerichteten Betriebs- und Werksspeisungen wurden aufgrund ihrer geringen Inanspruchnahme und der hohen Kosten für die Unternehmer nach dem Krieg wieder aufgegeben. Hierzu gehörte in Berlin u. a. die Metallwarenfabrik *Ludwig Loewe & Co.*, die im September 1921 den Betrieb ihres fünf Jahre zuvor eingerichteten Werkkonsums und die »Verabfolgung von Mittagessen aus der Massenspeisung der Stadt Berlin«²⁸⁵ wegen mangelnder Beteiligung der Belegschaft einstellte:

»Als die Zahl der [Speise-]Teilnehmer von über 400 auf etwa 20 Personen zurückgegangen war, weil die Leute wieder in der Lage waren sich selbst besseres Essen zuzubereiten, lohnte sich die Abholung durch ein mit 2 Personen besetztes Fuhrwerk nicht mehr und musste aus diesem Grunde eingestellt werden. Weder die Arbeiter noch der Betriebsrat sind bisher mit neuen Wünschen über die Wiedereinführung des Werkkonsums oder der Massenspeisung an die Fabrikleitung herangetreten.«²⁸⁶

Entwicklungen wie diese schließen nicht aus, dass es in der Arbeiterschaft dennoch vereinzelt Bestrebungen gab, eine Werksverpflegung einzuführen oder eine bestehende Betriebsverpflegung in Eigenregie weiterzuführen. Wie vor dem Krieg zog es der Großteil der Arbeiter jedoch weiterhin vor, andere Verköstigungsmöglichkeiten und -angebote in Anspruch zu nehmen. Viele Berliner verbrachten ihre knapp bemessene Mittagspause in den *Aschinger*-Schnellrestaurants. Die preiswerten belegten Brötchen und Bockwürste mit Kartoffelsalat waren nach wie vor beliebt und das nicht nur unter den Arbeitern.

283 Vgl. die Berichte der Gewerbeaufsichtsämter an den Polizeipräsidenten betreffend Fabriken mit hervorragenden Wohlfahrtseinrichtungen und überwiegend weiblichen Arbeitskräften. LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 1418, Bl. 144ff.

284 THOMS, Essen, S. 214. NIEHUS hebt hervor, dass sich die Werksküche dennoch »mancherorts eingebürgert« habe. Vgl. NIEHUS, Lebensweise, S. 251. Vgl. auch SCHILLING-VOß, Die Sonderernährung, S. 66.

285 Schreiben des Gewerbeaufsichtsamts Berlin-Tiergarten an den Polizeipräsidenten von Berlin vom 7. Februar 1923. LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Nr. 1418, Bl. 187.

286 EBD., Bl. 187f.

»[A]lle Welt aß bei Aschinger«²⁸⁷, so der Berlin-Biograf Jens BISKY über das Leben in der deutschen Hauptstadt der 1920er Jahre. Sei es der Verzehr selbst mitgebrachter Speisen, die Teilnahme an der Betriebsspeisung oder der Besuch kommerzieller »Express-Speisedienstleister« – die Außer-Haus-Verpflegung war durch das begrenzte Zeitregime am Arbeitsplatz weiterhin im Zunehmen begriffen und gehörte für viele Werktätige in Berlin auch nach dem Krieg zum Alltag.²⁸⁸

2.1.3 Internationale Kinderspeisung: Das ungenutzte Potential der Quäkerhilfe

Das Berliner Massenverpflegungswesen der Nachkriegszeit war nicht nur durch den Fortbestand vieler »altgedienter« Großküchen der Kriegszeit gekennzeichnet. Die Existenz öffentlicher Massenspeisungen wurde auch – das zeigt das Mittelstandsküchenunternehmen der *Österreichischen Freundeshilfe* – durch private Hilfsinitiativen aus dem Ausland gefördert. Die »deutsche Not« der Nachkriegs- und Inflationszeit rief zahlreiche internationale Wohltätigkeitsorganisationen auf den Plan, die vielfach angestoßen durch Auslandsdeutsche in ihren Ländern große Spendenaktionen ins Leben riefen und in Deutschland mannigfache Hilfsangebote auf den Weg brachten.²⁸⁹

Die Empfänger der »Auslandshilfe« waren vor allem Kinder, die keine Schuld am Krieg traf und die besonders nachhaltig von den schwierigen Ernährungsverhältnissen der Kriegs- und Nachkriegszeit betroffen waren. Rund 75 Prozent der in größeren Städten und Industriegebieten lebenden deutschen Kinder galten 1919 als ernsthaft unterernährt.²⁹⁰ Noch 1924 litten viele dieser Kinder unter schweren Mangelkrankheiten wie Tuberkulose, Skrofulose, Rachitis und Blutarmut. Dem »Kinderelend« begegneten die internationalen Hilfsorganisationen mit Erholungsaufenthalten im Ausland und vor allem mit der Einrichtung unzähliger Suppenküchen und Kinderspeisestellen. Allein in Berlin bewerkstelligten Hilfskomitees aus Norwegen, Schweden, Dänemark und den Niederlanden die Speisung Zehntausender Kinder. Hierbei arbeiteten sie zumeist mit lokalen Wohltätigkeitsorganisationen und erfahrenen Hilfskräften des Berliner Massenverpflegungswesens zusammen. Den mit Abstand bedeutendsten Beitrag zur Versorgung der Berliner Kinder leistete die amerikanische Quäkerspeisung, die zu Beginn des Jahres 1920 in vielen Teilen Deutschlands eingerichtet wurde und fünf Jahre

287 BISKY, Berlin, S. 470f. Vgl. auch ALLEN, *Hungrige Metropole*, S. 106.

288 Vgl. DEMPS, Laurenz: »Licht und Schatten. Alltag in der Großstadt«, in: GÖRTEMAKER, Manfred (Hg.), *Weimar in Berlin. Porträt einer Epoche*, Berlin 2002, S. 36–61, hier S. 42. Ferner PRACHT, Elfi: *M. Kempinski & Co.*, Berlin 1994, S. 69. KLEIN, Michael: »Unternehmensgeschichte: Aschinger's Aktien Gesellschaft«, in: *Findbuch Aschinger-Konzern, Bestandsgruppe A Rep. 225 des Landesarchivs Berlin*, Berlin 2003, S. IV-XXIII, hier S. VIII.

289 Zum Umfang und den Strukturen der »Auslandshilfe« in Deutschland wurden mittlerweile eine ganze Reihe von Studien veröffentlicht. Siehe hierzu u.a. KREYENPOTH, Johannes: *Die Auslandshilfe für das Deutsche Reich*, Stuttgart 1932. Sowie KILIAN, *Die unbekannt Winterhilfe*, S. 60–102. COX, Hunger, S. 275–365.

290 Vgl. COX, Hunger, S. 304. Drei Jahre später waren noch immer sechzig Prozent der Kinder in Deutschland unterernährt. Vgl. ALLEN, *Hungrige Metropole*, S. 85. Hierzu ausführlich HENRIQUES, Clara: »Notwendigkeit öffentlicher Kinderspeisung«, in: DIES. (Hg.), *Kinderspeisung*, Weimar 1926, S. 5–41, hier S. 23ff.

lang einen festen Platz im Alltag vieler unterernährter Klein- und Schulkinder einnahm. Der Initiator der amerikanischen Kinderfürsorgeaktion war der Leiter der *United States Food Administration* und spätere US-Präsident Herbert HOOVER (1874–1964), der seit dem Ende des Krieges im Auftrag seiner Regierung den Wiederaufbau in Europa unterstützte.²⁹¹ Während der Zeit des Waffenstillstandes betrieb er mit der von ihm ins Leben gerufenen *American Relief Administration* (ARA) in den von Lebensmittelnot betroffenen Staaten Europas eine umfangreiche Ernährungsfürsorge. Auch nach dem Ende dieses Einsatzes im Sommer 1919 sah HOOVER weiterhin Handlungsbedarf. Nicht nur die schlechte Versorgungslage vieler europäischer Länder war aus Sicht vieler westlicher Beobachter besorgniserregend, sondern auch die damit zusammenhängende Gefahr von Unruhen und revolutionären Ausschreitungen nach bolschewistischem Vorbild.²⁹² HOOVER entschied, seine bis zu diesem Zeitpunkt staatlich finanzierte ARA in eine private Spendenorganisation umzuwandeln. Mit dem *ARA European Children's Fund* setzte er sein Hilfswerk fort und plante die Einrichtung einer großangelegten Kinderspeisungsaktion in Deutschland. Unterstützung erhielt er hierbei vom *American Friends Service Committee* (AFSC), dem Hilfskomitee der *Religiösen Gesellschaft der Freunde* (Quäker). Das AFSC wurde von HOOVER mit der Durchführung und Leitung der Kinderspeisung beauftragt:

»Ich war froh, die Unterstützung von so tüchtigen Leuten zu erhalten und übertrug ihnen die Organisation des Kinderhilfswerks in Deutschland. Ich sorgte für die Schaffung der Beziehungen zwischen ihnen und der deutschen Regierung und schickte ihnen Fachleute, um ihnen zu zeigen, wie die Sache aufgezo-gen werden musste. Wir lieferten den größten Teil der Lebensmittel und anderer Güter. Die Quäker leisteten Hervorragendes.«²⁹³

HOOVERS Erinnerungen geben zu erkennen, dass sein Vorhaben nicht ohne Hilfe der deutschen Behörden und Fürsorgeorganisationen umzusetzen war. Bei den Vorarbeiten für die praktische Durchführung des Kinderhilfswerks stand dem AFSC der 1919 gegründete *Deutsche Zentralausschuss für die Auslandshilfe* (DZA) zur Seite, dessen Hauptaufgabe bislang darin bestand, die ausländischen Hilfsorganisationen zu koordinieren und die Hilfsgüter zu verteilen. Der DZA, der vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft geleitet wurde, war ein Zusammenschluss aller behördlichen Stellen, die für das Ernährungswesen und die Wohlfahrtspflege zuständig waren, den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege und Vertretern der amerikanischen Spender.²⁹⁴ Zur Koordinierung des Kinderhilfswerks richtete der DZA einen Ausschuss für Kinderspeisung

291 Zum Engagement HOOVERS vgl. ausführlich COX, Hunger, S. 256ff.

292 Vgl. hierzu EBD., S. 282f.

293 Zitiert bei KILIAN, Die unbekannte Winterhilfe, S. 76.

294 Behördlicherseits waren neben dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft auch das Reichsministerium des Innern, das Reichsgesundheitsamt, das Reichsarbeitsministerium und das preußische Ministerium für Volkswohlfahrt vertreten. Von kommunaler Seite war u.a. der Deutsche Städtetag am Zusammenschluss beteiligt. Zu den Vertretern der freien Wohlfahrtspflege gehörten u.a. der Caritasverband, die Innere Mission der evangelischen Kirche, die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden, das Deutsche Rote Kreuz und der Hauptausschuss der Arbeiterwohlfahrt sowie verschiedene Frauenverbände und Gewerkschaften. Vgl. hierzu ausführlich HEN-

ein, dem neben den genannten Vertretern auch Ärzte und Lehrer als »besondere Sachverständige« angehörten. Als verantwortlicher Träger der Hilfsaktion gegenüber den Spendern und der deutschen Regierung war der Ausschuss in Zusammenarbeit mit den Quäkern für die »einheitliche Leitung der Speisungen, insbesondere die Beratung und Beschlussfassung über die organisatorische und grundsätzliche Ausgestaltung des Hilfswerkes und über die Verteilung der Lebensmittel«²⁹⁵ zuständig. In Verbindung mit den jeweiligen Lokalkommissionen des DZA war es außerdem die Aufgabe des Kinderspeisungsausschusses, die benötigten Lagerräume und Küchen mit entsprechender Ausstattung zur Verfügung zu stellen. Auch hier waren es vielfach lokale wohltätige Massenverpflegungsiniciativen, die sich in den Dienst des AFSC stellten und die Kinderspeisung mit Tausenden erfahrenen Hilfskräften unterstützten.

Die amerikanische Kinderspeisung startete schließlich am 26. Februar 1920 und versorgte während der ersten Wochen ihres Bestehens in Berlin rund 5.000 Kinder täglich.²⁹⁶ Eingerichtet wurden die Speisestellen hauptsächlich in Schulen, Kindergärten, Kinderbewahranstalten und Säuglingsfürsorgestellen. Ausschlaggebend für die Teilnahme war zunächst der gesundheitliche Zustand der Kinder, der durch (schul-)ärztliche Musterungen ermittelt wurde.²⁹⁷ Später wurden auch die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Kinder vermehrt berücksichtigt. Das Hilfswerk sollte vor allem dort eingreifen, »wo die Eltern oder sonst Unterhaltspflichtigen nicht in der Lage waren, für eine hinreichende Verpflegung Sorge zu tragen«²⁹⁸. Dabei erhielten die Kinder im Rahmen der Speisungsaktion in erster Linie die Lebensmittel, die in Deutschland nur schwer zu beschaffen waren und deren Nährstoffe für eine ausgewogene Ernährung als besonders wichtig erachtet wurden. Hierzu gehörten allen voran Kondensmilch, Reis, Fett sowie Grieß und Bohnen. Neben diesen aus Amerika eingeführten Lebensmitteln stellten die deutschen Behörden außerdem Weizenmehl und Zucker bereit. Aus diesen Lebensmitteln wurden reichhaltige Suppen zubereitet, wobei die aus Schokolade, Kondensmilch und Reis bestehende »Quäkersuppe« bei den Kindern besonders beliebt war.²⁹⁹ Die abgegebenen Quäkerspeisen stellten in der Regel nur eine sättigende Zusatzmahlzeit dar und deckten rund ein Viertel bis Fünftel des

RIQUES, Clara: »Die Amerikanisch-Deutsche Kinderspeisung. Organisation und Durchführung in Deutschland«, in: DIES. (Hg.), *Kinderspeisung*, Weimar 1926, S. 62–94, hier S. 63.

295 EBD., S. 64.

296 Vgl. »Speisung von 100.000 Berliner Kindern«, in: *Vorwärts*, 10. März 1920.

297 Entscheidend war hierbei, wie stark die körperliche Entwicklung eines Kindes vom alterstypischen Gewicht und der Körperlänge abwich (*Rohrer-Index*). Die Kinder wurden in vier Klassen eingruppiert. Die Klassen eins (ausreichend ernährt) und zwei (leicht unterernährt) wurden für die Speisung in der Regel nicht berücksichtigt. Zur Klasse drei gehörten »unterernährte, insbesondere in der körperlichen Entwicklung [...] erheblich zurückgebliebene, skrofulöse, spätachritische oder blutarme Kinder«, die nur für die Speisung berücksichtigt werden konnten, wenn die »schwer unterernährten Kinder [...] in einem bedenklichen Zustande« der Klasse vier versorgt waren. Vgl. KILIAN, Die unbekannte Winterhilfe, S. 89. Vgl. auch COX, Hunger, S. 308. Sowie »Richtlinien für die Auswahl und Eingruppierung von Schulkindern zur Teilnahme an einer täglichen Speisung«, in: HENRIQUES, Clara, *Kinderspeisung*, Weimar 1926, S. 150–155, hier S. 150ff.

298 HENRIQUES, Organisation und Durchführung, S. 73.

299 Vgl. COX, Hunger, S. 327.

Tagesbedarfs (670 bis 750 Kalorien). Hierzu erklärte der amerikanische Quäker Wilbur THOMAS (1882–1953):

»We do not want to raise the burdens of support from the shoulders of the parent any more than necessary. The meal is given at 10 o'clock in the morning, or at 2 or 3 o'clock in the afternoon so as not to coincide with the meal at home.«³⁰⁰

Der »Zusatz zur häuslichen Ernährung« kam in den meisten Fällen Schulkindern im Alter von sechs bis vierzehn Jahren zugute. Sie stellten deutschlandweit mit mehr als neunzig Prozent die größte Teilnehmergruppe.³⁰¹ Weitere viereinhalb Prozent der Begünstigten waren Kleinkinder. Die übrigen fünf Prozent der Teilnehmer stellten Jugendliche, werdende und stillende Mütter.

Überall in der Republik wurde die Quäkerspeisung in steigendem Maß in Anspruch genommen. Bereits Mitte April 1920 nahmen in Groß-Berlin rund 35.000 Kinder an der Aktion teil. Bis Ende November 1922 stiegen die Teilnehmerzahlen allein in den Alt-Berliner Bezirken auf etwa 69.000 Kostgänger.³⁰² Und dabei lag der tatsächliche Bedarf noch um einiges höher. Nur knapp die Hälfte der dringend Speisebedürftigen habe Aufnahme finden können, so der DZA, der mittlerweile die Leitung des Hilfswerks übernommen hatte.³⁰³ Durch die Hungersnot in Russland fühlte sich das AFSC Anfang des Jahres 1922 dazu bewogen, seine Aktivitäten zu verlagern und von seiner Aufgabe in Deutschland zurückzutreten. Auch die zur Verfügung stehenden amerikanischen Spendenmittel waren zu diesem Zeitpunkt erschöpft. Zwar beteiligten sich seit September 1920 auch das Reich und die Länder an der Finanzierung der Kinderspeisung, doch trugen diese Mittel lediglich zu einem Drittel der Gesamtkosten bei.³⁰⁴ Auch die Stadtgemeinde Berlin stellte Gelder für die Speiseaktion zur Verfügung, sah sich aber durch ihre Finanznot zur Refinanzierung ihrer Zuschüsse gezwungen. So war die Quäkerspeisung in Berlin, anders als in einigen anderen Orten Deutschlands, kein kostenfreies Angebot. Für die Teilnahme ihrer Kinder mussten die Eltern in der Regel einen Beitrag von 25 Pfennig leisten, mit dem ein Teil der kommunalen Kosten gedeckt wurde.³⁰⁵ Ohne ausreichende Spenden konnte die Kinderspeisung nicht aufrechterhalten oder gar ausgebaut werden. Trotz der zunehmenden Spendenmüdigkeit in den USA und vereinzelter Rückschläge gelang es dem im DZA vertretenen deutsch-amerikanischen *Central Committee for the Relief of Distress in Germany and Austria* (CRC), die Quäkerspeisung mit einer »Drei-Millionen-Dollar-Kampagne« bis zum Herbst 1923 sicherzustellen.³⁰⁶ So konnten zur Zeit der Hyperin-

300 Zitiert bei ALLEN, *Hungrige Metropole*, S. 88.

301 Vgl. KILIAN, *Die unbekannt Winterhilfe*, S. 90.

302 Vgl. BÖß, *Die Not*, S. 23. Vgl. auch »Stand der Quäkerspeisung in Groß-Berlin«, in: *Freiheit*, 13. April 1920. Bis zum 1. Juni 1920 verteilte der AFSC in ganz Deutschland 44,6 Millionen Mahlzeiten. Vgl. Cox, *Hunger*, S. 305.

303 Vgl. KILIAN, *Die unbekannt Winterhilfe*, S. 91f. und S. 100.

304 Vgl. EBD., S. 84f. Vgl. auch »Der Dank der Kinder«, in: *Vorwärts*, 23. September 1923.

305 Vgl. »Die Kinderspeisung«, in: *Vorwärts*, 11. März 1920. Ferner HENRIQUES, *Organisation und Durchführung*, S. 67.

306 Vgl. »Der Dank der Kinder«, in: *Vorwärts*, 23. September 1923. Das im Jahr 1920 gegründete CRC war die Zentralorganisation der deutschamerikanischen Hilfsvereine. Sie stellte Richtlinien für die Mittelbeschaffung auf und koordinierte die Sammlungstätigkeiten der Vereine. Bevor das CRC sei-

flation täglich rund 80.000 Kinder in den Alt-Berliner Bezirken versorgt werden. Zum überwiegenden Teil waren es nun Kinder des Mittelstandes, die auf die Quäkerspeisung angewiesen waren.³⁰⁷

Der DZA erwartete, dass die Zahl der unterversorgten Kinder im folgenden Winter nochmals zunehmen werde. In der Sitzung seines Ausschusses für Kinderspeisung Anfang November 1923 in Berlin zeigte sich vor allem die Vertretung der Lehrerschaft besorgt. Die Zahl der Kinder, die ohne Frühstück zur Schule kommen, habe von Tag zu Tag zugenommen. Andere Kinder seien sogar zu Hause geblieben, weil sie im Bett den Hunger weniger spürten.³⁰⁸ Die Sorge um das erneut zunehmende Kinderelend in Deutschland aktivierte die Spendensammlungen in den Vereinigten Staaten schließlich noch ein weiteres Mal. Mit Unterstützung einiger amerikanischer Regierungsvertreter und dem AFSC konnten nochmals mehr als dreieinhalb Millionen US-Dollar aufgebracht werden, womit die Kinderspeisung bis in das Jahr 1925 fortgeführt werden konnte.³⁰⁹

Obwohl mit der Quäkerhilfe nicht alle bedürftigen Kinder versorgt werden konnten, so half sie dennoch die gravierendsten Folgen der Unterernährung zu mildern. Während ihrer größten Ausdehnung erfasste die Speisung rund zwölf Prozent der deutschen Schulkinder gleichzeitig. Mehr als eine Million Kinder wurden gegen Ende des Jahres 1921 täglich vom AFSC mit einer Mahlzeit versorgt.³¹⁰ Durch den mehrfachen Wechsel der Speiseteilnehmer während des fünfjährigen Bestehens der Kinderspeisung, kann davon ausgegangen werden, »daß zum mindesten ein Viertel der in den Jahren 1907 und 1919 Geborenen einmal wenigstens ein halbes Jahr lang gespeist worden ist«³¹¹. Sowohl die Initiatoren der Kinderhilfsaktion als auch die zahlreichen beteiligten Akteure der deutschen Fürsorgelandschaft erhofften sich durch ihre Bemühungen den Grundstein für die Etablierung der Schulkinderspeisung im Weimarer Wohlfahrtsstaat zu legen.³¹² Ab 1926 standen dem Hilfswerk keine Auslandsmittel mehr zur Verfügung. Fortan waren die deutschen Behörden allein für die Kinderspeisung verantwortlich, wobei ihre Fortführung nach der Reichsfürsorgepflichtverordnung vom 4. Dezember 1924 nicht nur in organisatorischer, sondern auch in finanzieller Hinsicht in den Zuständigkeitsbereich der Kommunen fiel.³¹³ Die Organisation der Kinderspeisung in Berlin gehörte damit zum Aufgabengebiet des von der Sozialdemokratin Klara WEYL (1872–1941) geleiteten Landesjugendamtes.

ne eigenen Spendenaktionen startete, war es bereits an HOOVERS Sammelaktion für das Europäische Hilfswerk beteiligt. Vgl. hierzu ausführlich KILIAN, Die unbekannt Winterhilfe, S. 78ff.

307 Vgl. hierzu die beeindruckende Analyse zum Ernährungszustand der Kinder in Deutschland im und nach dem Krieg von Mary Cox, Hunger, S. 334ff.

308 Vgl. HENRIQUES, Notwendigkeit, S. 16. Ähnliche Schilderungen fanden sich auch in den Berichten des Jugendamtes und der Fürsorgestellten. Vgl. hierzu LANDWEHR, Funktionswandel, S. 99.

309 Vgl. GRAMM, Hans: »Die Amerikanisch-Deutsche Kinderspeisung. Organisation und Mittelaufbringung in Amerika«, in: HENRIQUES, Clara, Kinderspeisung, Weimar 1926, S. 58–61, hier S. 60. Ferner ALLEN, Hungrige Metropole, S. 87.

310 Vgl. COX, Hunger, S. 307.

311 HENRIQUES, Notwendigkeit, S. 93.

312 Vgl. ALLEN, Hungrige Metropole, S. 89. Vgl. auch »Reichstagung der Arbeiterwohlfahrt«, in: *Vorwärts*, 16. September 1924.

313 Hierzu ausführlicher unter 3.1. in diesem Kapitel.

Die seit November 1920 erste und einzige Berliner Stadträtin WEYL war in mehrfacher Weise mit der Arbeit des Kinderhilfswerkes vertraut. Zum einen war sie als Mitglied des Hauptausschusses der Arbeiterwohlfahrt und der städtischen Jugendwohlfahrtsdeputation aktiv an der Arbeit der Quäker in Berlin beteiligt.³¹⁴ Zum anderen besaß die Sozialpolitikerin auf dem Gebiet der kommunalen Schulspeisung allerhand Erfahrungen. Vor dem Krieg war sie selbst eine Zeit lang Mitarbeiterin in einer Schulspeisehalle und gehörte in ihrer Partei zu den Triebkräften, die in Berlin die Übernahme der Schulspeisung in städtische Hand forderten.³¹⁵ Nach dem Krieg bemühte sie sich um die Aufrechterhaltung der seit 1916 kommunal organisierten Mittagsverpflegung der Schulkinder, die weiterhin mit den Einrichtungen der Volksspeisung bewerkstelligt wurde. Da die Inanspruchnahme der Schulspeisung in den Nachkriegsjahren kontinuierlich zunahm – allein zwischen 1920 und 1921 stieg die Zahl der Tagesportionen von etwas mehr als 3.000 auf nahezu 10.000 Portionen – und die Finanzlage der Stadt kaum Mehrausgaben für das Schulesen erlaubte, sah sich WEYL gezwungen, das schulische Fürsorgeangebot erheblich einzuschränken.³¹⁶ Seit 1922 durften die Gemeindeschulen nicht mehr als fünf Prozent ihrer Schüler zur Speisung zulassen, wobei nur jene Kinder in Betracht kamen, »bei denen die Bedürftigkeit zweifelsfrei feststeht«. Der darüber hinaus bestehende Bedarf, der vor allem im Winter 1923/24 noch einmal erheblich zunahm, wurde mit zusätzlichen gespendeten Verpflegungsangeboten gedeckt. Anfang des Jahres 1924 erhielten z.B. rund 18.000 Kinder an 165 Berliner Schulen ein Schulfrühstück, das ehrenamtlich von Arbeiterfrauen und Müttern der Schulkinder zubereitet wurde.³¹⁷

Als WEYL zu Beginn des Jahres 1926 die Verantwortung für die Quäkerspeisung übernahm, sah sie darin die Chance, die Schulspeisung in einem zweiten Anlauf als einen festen Bestandteil der Berliner Schulfürsorge zu etablieren. Das Verpflegungsangebot sollte in der Zukunft ausgebaut und einem größeren Kreis der Schulkinder zugänglich gemacht werden.³¹⁸ Möglich war dies jedoch nur mit entsprechenden finanziellen Mitteln. Diese waren durch den Wegfall der amerikanischen Spenden zum Zeitpunkt der Übernahme der Kinderspeisung nur in ungenügendem Maß vorhanden. Bereits Ende des Jahres 1925 brachten die Sozialdemokraten in der Stadtverordnetenversammlung (darunter auch WEYL) einen Antrag zur Erhöhung der Mittel für die Kinderspeisung ein, der mit großer Mehrheit beschlossen wurde.³¹⁹ Sowohl der Magistrat als auch das Reichs-

314 Vgl. ALLEN, *Hungrige Metropole*, S. 90f.

315 Vgl. WEYLS Referat zum Thema »Die Frauen und die Gemeindepolitik« im Bericht über die 6. Sozialdemokratische Frauenkonferenz in Jena (8. und 9. September 1911), in: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10. bis 16. September 1911 in Jena, Berlin 1911, S. 414–459, hier S. 455f.

316 Vgl. »295. Vorlage für die Stadtverordnetenversammlung zu Berlin vom 1. April 1922«, in: Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin, Nr. 17 (1922), S. 207–220, hier S. 211.

317 Die Spenden kamen überwiegend aus Bank- und Handelskreisen. Neben der Schulfrühstücksaktion stellten auch verschiedene Firmen und Privatmittagstische Freitische für Schulkinder zur Verfügung. Vgl. »Selbsthilfe und Auslandshilfe in Berlin«, in: *Deutsche Allgemeine Zeitung*, 10. April 1924.

318 Vgl. ALLEN, *Hungrige Metropole*, S. 92.

319 Vgl. »Amtlicher stenographischer Bericht über die Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung am 17. Dezember 1925«, 6. (42.) Sitzung, in: Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin, Ausgabe 1925, hg. vom MAGISTRAT ZU BERLIN, Berlin 1926, S. 832–850, hier S. 834 und S. 838.

ernährungsministerium wurden aufgefordert, die benötigten Mittel für die uneingeschränkte Fortführung des Speiseangebots zur Verfügung zu stellen. Trotz des Wissens um die Notwendigkeit der Kinderspeisung beteiligte sich Letzteres jedoch nur widerwillig an der Finanzierung. Aus Sicht der Reichsbehörden handelte es sich »um eine Angelegenheit der Länder und Gemeinden, das Reich könne Zuschüsse nicht leisten«³²⁰. Nur in Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien gelang es schließlich den oppositionellen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, das Reichsernährungsministerium in die Pflicht zu nehmen. Doch bis 1928 kam es wiederholt zu derlei Auseinandersetzungen, wobei den deutschen Kommunen immer weniger Mittel von Seiten des Reichs zum Zweck der Kinderspeisung zufließen. Dementsprechend stiegen die Ausgaben der Gemeinden, die »seit der zweiten Hälfte der 1920er Jahre [...] weit mehr als zwei Drittel der Kosten für die Kinderspeisung auf[brachten]; der Deutsche Städtetag bezifferte die Last der Kommunen bereits im Februar 1927 »nach roher Schätzung« sogar auf 90 [...] Prozent]«³²¹. An einen Ausbau der Schulspeisung, wie ihn WEYL beabsichtigte, war in dieser Situation nicht zu denken. Durch die abnehmende finanzielle Beteiligung der Reichsbehörden reichten die Mittel gerade noch, um die Kinderspeisung in gemindertem Umfang aufrechtzuerhalten.³²² Ab dem Jahr 1928 erhielten die Kommunen von Seiten des Reiches schließlich keinerlei Zuschüsse mehr.

In Anbetracht der schwierigen Wirtschafts- und Finanzlage war es der Stadtverwaltung in Berlin nicht mehr möglich, die zusätzlich benötigten finanziellen Mittel allein aufzubringen. In dieser Situation sei es wieder, wie ALLEN darlegt, die private Wohltätigkeit gewesen, die dabei half, die finanziellen Schwierigkeiten für eine Weile zu überwinden. »[...]wie vor 1914 sah sich die Berliner Kommunalverwaltung den freien Wohlfahrtsverbänden, einzelnen philanthropisch gesinnten Privatpersonen und Firmen zu großem Dank verpflichtet.«³²³ WEYLS Behörde kam dennoch nicht umhin, den Umfang der Schulspeisung drastisch einzuschränken. Die unentgeltliche Speisung der besonders von Armut betroffenen Kinder konnte nicht mehr gewährt werden.

Für die Sozialdemokraten war der Verfall der Kinderspeisung, der auch zahlreiche weitere deutsche Städte erfasste, nicht tragbar. Unter dem Motto »Kinderspeisung statt Panzerkreuzer« griffen sie im Reichstagswahlkampf 1928 die aus ihrer Sicht verfehlte Politik der bürgerlichen Reichsregierung an. In einigen Stadtteilen von Berlin, so ein Wahlauftritt der SPD, seien noch immer mindestens 33 Prozent der Kinder schlecht ernährt und mehr als die Hälfte der Kinder befänden sich in einem nur mittelmäßigen Ernährungszustand. Die »Herren des Bürgerblocks«, so die SPD, kümmere dies wenig.

320 BOHM-SCHUCH, Clara: »Frauen aufgewacht! Unerhörtes geschieht«, in: *Vorwärts*, 27. März 1927.

321 ALLEN, *Hungrige Metropole*, S. 93. Vgl. hierzu auch »167. Vorlage für die Stadtverordnetenversammlung zu Berlin vom 25. Februar 1927«, in: *Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin*, Nr. 8 (1927), hg. vom MAGISTRAT ZU BERLIN, Berlin 1927, S. 100–117, hier S. 114f.

322 Vgl. hierzu z.B. einen Antrag der Sozialdemokraten für die Stadtverordnetenversammlung, in dem darauf hingewiesen wurde, dass in einigen Bezirken Berlins nur noch ein Drittel der Kinder zur Speisung zugelassen werden konnten. »79. Dringlichkeitsantrag für die Stadtverordnetenversammlung zu Berlin vom 14. Januar 1927«, in: *Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin*, Nr. 2 (1927), hg. vom MAGISTRAT ZU BERLIN, Berlin 1927, S. 46–63, hier S. 57.

323 ALLEN, *Hungrige Metropole*, S. 93.

Sie hätten keinen Pfennig für die Arbeiterkinder, aber Millionen für ihre Flottenbaupolitik.³²⁴ Nach ihrem Wahlerfolg gaben sich die Sozialdemokraten alle Mühe, um die nationale Förderung der Schulspeisung sicherzustellen. Doch das Ende der wohlhabenden Ernährungspolitik konnte, stellt ALLEN fest, dadurch nicht mehr aufgehalten werden.³²⁵ Von den ambitionierten Plänen WEYLS, die Schulspeisung im lokalen Wohlfahrtsystem zu verankern, war und blieb die deutsche Hauptstadt weit entfernt. Gegen Ende des Jahres 1928 nahmen nicht einmal sieben Prozent der Berliner Kinder an der Schulspeisung teil. Zwar erhielt die Verpflegung der Schulkinder nun die lange gewünschte Aufmerksamkeit des Staates, aber diese war nur dann förderlich, wenn auch finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Hierzu waren die staatlichen und ebenso die kommunalen Behörden bei bestem Willen spätestens ab der Weltwirtschaftskrise nicht mehr in der Lage.

2.2 Ohne Hilfe kein Überleben: Die Hungerkatastrophe in Wien

Das dramatische Ausmaß der Versorgungsprobleme im »Nachkriegsberlin« stand in keinem Verhältnis zu dem, was die Wiener Bevölkerung nach Kriegsende durchmachte. Nach über vier Jahren mit unaufhörlich zunehmenden Ernährungsproblemen und wachsenden Entbehrungen war Wien in den Wochen des Herbstes 1918 am Ende dessen angelangt, was eine Stadt an Mangel und Not auszuhalten vermochte. Wer in diesen Tagen in das von der Grippeepidemie befallene Wien reiste, der erlebte »eine Stadt, die zu keiner Regung mehr fähig schien«³²⁶. Apathie und Totenstille waren allgegenwärtig.

In Anbetracht des katastrophalen Ausmaßes der Not schien es kaum vorstellbar, dass die österreichische Hauptstadt unter den anhaltenden Versorgungsverhältnissen überleben konnte. Auf das kontinuierliche Sinken der für Wien bestimmten Lebensmittellieferungen während des Krieges folgte in den Tagen nach dem Zusammenbruch der Monarchie ein nahezu vollständiges Erliegen der Zufuhren. Mit der Gründung der neuen Nachbarstaaten fielen die Lieferungen aus den ungarischen und nunmehr polnischen und tschechoslowakischen Agrargebieten weg. Das gänzlich auf sich allein gestellte Österreich war nun gezwungen, die benötigten Lebensmittel in seinem geschrumpften Staatsgebiet aufzubringen. Doch infolge der schlechten Ernte des Jahres 1918 und »[t]rotz der ohnehin sehr niedrigen Rationen deckte die heimische Agrarproduktion nur rund ein Viertel des Brot- und Mehlbedarfs, ein Fünftel des Kartoffel- und ein Drittel des Fleischbedarfs«³²⁷. Nicht besser stand es um die selbstständige Versorgung mit Fett, Milch und Zucker. Die Ressourcen der österreichischen Landwirtschaft waren so gering, dass eine annähernd ausreichende Versorgung der Republik auch ohne die Belieferung ihrer hungernden Hauptstadt nicht gewährleistet war. Dies hatte u.a. zur Folge, dass die Alpenländer nur widerwillig bereit waren, den »großen Esser« Österreichs mitzuversorgen.

324 Vgl. »Bürgerblock gegen Schulspeisung«, in: *Frauenstimme*, 12. Mai 1928.

325 Vgl. ALLEN, *Hungry Metropole*, S. 93.

326 PFOSE/WEIGL, *Stunde Null*, S. 93.

327 EBD., S. 74.

Die überschaubaren Lebensmittelmengen, die Wien aufgrund von Kontingentverpflichtungen aus der Provinz erreichten, deckten den Bedarf der Zweimillionenstadt nicht ansatzweise.³²⁸ Durch die weiterhin aufrechterhaltene alliierte Wirtschaftsblockade blieb der österreichischen Regierung zunächst nur die Möglichkeit, die überlebenswichtigen Lebensmittel aus dem neutralen Ausland zu beziehen.³²⁹ Zudem verliefen die Verhandlungen mit den Nachbarstaaten alles andere als erfolgreich. Sofern es zu Vereinbarungen in Form von Kompensationsverträgen kam, verhinderten die Transportprobleme die Ankunft der Lebensmittel. So erreichten Österreich lediglich einige Mehllieferungen aus Deutschland und ein paar Rinderzufuhren aus Ungarn. Wien blieben letztendlich nicht mehr als die »kärghchen Reste«, die in den Militärmagazinen und Lagern der Gemeinde übrig geblieben waren.³³⁰ Gegen Ende November 1918 war die Stadt in hohem Maß auf Importe angewiesen, die jedoch ohne ein Entgegenkommen der Siegerstaaten nicht zu erhalten waren. Wie dringend die Hilfe aus dem Ausland gebraucht wurde, machte der damalige Staatssekretär für Volksernährung LÖWENFELD-RUSS gegenüber der Nationalversammlung deutlich:

»Die gegenwärtige Lage in den Städten, insbesondere in Wien, wo überdies katastrophaler Kohlenmangel zur Einstellung von Licht und Beheizung führt und Störungen der Lebensmitteltransporte verursacht, ist besorgniserregend. Da aus eigener Kraft Deutschösterreich genügend Lebensmittel derzeit nicht aufbringen kann, und aus den Sukzessionsstaaten genügende Mengen nicht geliefert werden können, *ist sofortige möglichst schon Mitte Jänner eintreffende ausländische Hilfe, insbesondere für Wien, dringend nötig*. Ohne Einfuhren aus dem Auslande müßte Wien verhungern!«³³¹

Zu diesem Zeitpunkt waren bereits die ersten Journalisten aus Frankreich, England, Italien und der Schweiz in Wien zugegen, um sich ein Bild von der Ernährungslage zu machen und in ihren Heimatländern über die Notwendigkeit der Auslandshilfe zu berichten. Was einige der Journalisten am 27. November 1918 in Wien zu sehen bekamen, schilderte der Wiener Sozialdemokrat Max WINTER (1870–1937) in einem Bericht der *Arbeiter-Zeitung*:

»Der erste Besuch der ausländischen Gäste galt dem Eugenmarkt. Alle Fleischstände geschlossen. Nur einige Gemüsestände geöffnet. Rüben, oft verfault, Zwiebeln, etwas Knoblauch und gefrorenes Kraut ist alles, was wir zu sehen bekommen. [...] Das Thermometer zeigt 2 Grad unter Null, der Tag ist neblig und bitter kalt und die Menschen sind alle schlecht gekleidet. Kinder in Sandalen und Halbschuhen, ihre Füße mit Fetzen umwickelt, stehen in der Reihe dichtgedrängt neben Großmüttern [...] und] jungen Frauen [...]. Jammern und Klagen geht durch die Reihen, da die Frauen hören, was der Zweck des Besuches ist. ›Helfen Sie uns, meine Herren!‹ klingt es in allen Tonarten an die Ohren der Gäste [...] ›Helfen Sie uns, wir können nicht mehr weiter!‹ Nicht ein Kilogramm Kartoffeln ist auf dem Markte. [...] Gleich um die Ecke wird Roßfleisch abgeladen. [...] Dieses durchaus fettlose, dunkelrote Fleisch, dem man es förmlich ansieht,

328 Vgl. WEISGRAM, Das Problem, S. 247.

329 Vgl. PFOSE/WEIGL, Stunde Null, S. 75.

330 Vgl. WEISGRAM, Das Problem, S. 244. Vgl. auch REISCHL, Wiens Kinder, S. 31f.

331 LÖWENFELD-RUSS, Im Kampf, S. 202.

daß die armen Tiere, die es liefern mußten, vorher bis zur Erschöpfung ausgeschunden waren, Kriegsgäule, die nun das Ende erreicht hat. Aber die Hungernden warten darauf. [...] Wieder um die Ecke, Quellenstraße Nr. 52, die Zentralküche Favoriten, eingerichtet von der Gemeinde Wien. In einer Schule ein Partererraum als Küche, ein Kellerraum als Magazin, der Turnsaal eingerichtet für die Speisenabgabe. [... V]ierzehntausend Menschen sind es, für die diese Küche das Essen bereiten soll. Sechs bis acht Riesenkessel in der Reihe und alle bis zum Rande gefüllt mit braunem Kraut. [...] Dann führt uns die Küchenleiterin zu ihrem Kartoffelvorrat. Höchstens 500 Kilogramm, vielfach verfaulte und sehr stark noch mit Erde vermischte Kartoffeln liegen in einem Abteil des Kellers. »Das ist unser ganzer Vorrat, er soll für 14.000 Menschen reichen. <–>Auf wie lange?<–>Auf unbestimmte Zeit [...].< Wollte man die vorhandenen Kartoffeln auf die 14.000 verteilen, so käme im günstigsten Falle auf einen der Esser, die auf diese Küche angewiesen sind, ein halber Kartoffel. Auf dem Markte keine Kartoffeln, in der Küche keine Kartoffeln! Im Turnsaal drüben sind schon Frauen und Kinder angestellt, um an der Kasse ihre Marken zu beheben, um sich dann auf Grund der Marken ihre Töpfe mit Kraut füllen zu lassen. Da steht ein kleines Mädchel, zehnjährig etwa, mit einem viel, viel kleineren Buben an der Hand. »Wie alt ist der Junge?<–>Sechs Jahre.<–>Aber das ist doch nicht möglich, er kann doch nicht älter wie drei, vier Jahre sein.< [...] Ein Zwerglein, das in seinen sechs Jahren kaum Tischhöhe erreicht hat. [...] Unser Weg führt uns weiter zum Ostbahnhof zu den großen Magazinen, die sonst die Waren aufnahmen, die für den Magen von Wien von Ungarn und Böhmen geliefert wurden. [...] Nun gähnende Leere, leere Magazine, leere Magen. Die Gäste haben genug gesehen. [...] Sie wüßten nun aus eigenem Augenschein, daß nirgends in der Welt so viel gehungert wird wie in diesen Tagen in Wien. Ein geistreicher Franzose kleidet seinen Dank in die Worte: »Wir haben viel gesehen, da wir nichts gesehen haben.«³³²

Bis die ersten Verhandlungen mit den Vertretern der Entente schließlich begannen, verstrichen nahezu vier Wochen. Gegen Ende Dezember 1918 wurde der Schweiz die Lieferung von mehr als 1.000 Tonnen Lebensmittel nach Österreich gestattet. Anfang Januar 1919 trafen erste Hilfszüge mit Mehl, Reis, Milch und Fett in Wien ein.³³³ Darüber hinaus erreichten Österreich auch erste Getreidelieferungen aus Italien. Wie existenziell diese Lebensmittel waren, veranschaulicht die Tatsache, dass sich die Wiener Versorgungslage trotz dieser Zufuhren mehr verschlechterte als besserte. Mitte Januar musste die tägliche Brotquote auf neunzig Gramm halbiert werden. Zudem kündigte sich mit der Einführung fleischloser Wochen ein Zusammenbruch der Fleischversorgung an.³³⁴ Zwischen März und August 1919 erhielten die Wiener teilweise ganze Monate kein Fleisch. In großen Teilen Wiens nahmen die Versorgungsbedingungen verheerende Ausmaße an. Der Obersanitätsrat Arnold DURIG (1872–1961) berichtete:

»Schwerer Nahrungsmittelmangel und bittere Not haben bei der ärmeren Bevölkerung dazu geführt, alles, selbst das Unappetitlichste, zu essen. Vielfach werden nicht

332 »Das hungernde Wien«, in: *Arbeiter-Zeitung*, 29. November 1918. Siehe hierzu auch LÖWENFELD-RUSS, *Im Kampf*, S. 273.

333 Vgl. EBD., *Im Kampf*, S. 232.

334 Vgl. EBD., S. 203.

nur Tröge, in denen die Küchenabfälle und das Spülwasser für das Schweinefutter gesammelt werden, von Hungrigen aufgesucht, die eifrig nach Eßbarem in der eklen Brühe fahnden, sondern man sieht in den ärmeren Bezirken auch arme Hungernde, die Koprophorgefäße und Abfallkistchen durchwühlen nach Resten von Gemüse oder Fasern von Fleisch an Knochen; ja sogar nach Kartoffelabfällen wird gierig gesucht, und es zählt wohl zu den traurigsten [...] Szenen, wenn man sieht, daß diese Schalen nicht etwa als Tabak verwendet, sondern tatsächlich aus Hunger, manchmal sogar roh gegessen werden.«³³⁵

Die unhaltbaren Zustände haben, so bemerkte LÖWENFELD-RUSS in seinen *Erinnerungen*, den amerikanischen Food Administrator HOOVER veranlasst, »eine neue Delegation nach Wien zu senden, um nun die Lebensmittelzuschübe, die bisher nur provisorisch festgelegt worden waren, für einen längeren Zeitraum zu regeln«³³⁶. Im März 1919 wurde Österreich schließlich ein Warenkredit in Höhe von dreißig Millionen Dollar eingeräumt, mit dem die äußerste Not bis zur nächsten Ernte bewältigt werden sollte. Mit dem Kredit, der im Juni auf 48 Millionen Dollar erhöht wurde, konnten bis Oktober 1919 etwa 360.000 Tonnen Lebensmittel nach Österreich geliefert werden.³³⁷ Auf die Art und Qualität der Lebensmittel, die fast ausschließlich für Wien bestimmt waren, hatte die österreichische Regierung keinen Einfluss, sodass auch weniger bedarfsgerechte Überschussgüter eintrafen. Die Lieferungen sorgten für eine zeitweilige Entschärfung der angespannten Situation. Die Brotration wurde im Mai 1919 wieder auf die reguläre Tagesmenge von 180 Gramm erhöht und auch die fleischlose Zeit fand ein Ende. Die von der Öffentlichkeit vielfach angefochtene Aufrechterhaltung der staatlichen Bewirtschaftung für fast alle Nahrungsmittel blieb aus Sicht der Regierung dennoch das Gebot der Stunde.³³⁸

Wie sehr Österreich weiter von Nahrungsmittelimporten abhängig blieb, offenbarten die katastrophalen Ernteerträge im Herbst 1919. Ab September verschlechterte sich die Versorgungslage in Wien erneut. Gegen Ende November stand die Stadt in bislang ungekanntem Ausmaß am Rande einer Hungersnot. »Die Wochenration für Lebensmittel«, so RAUSCHER, »betrug pro Person nur mehr 787 Gramm Brot, 250 Gramm Mehl und 125 Gramm Hülsenfrüchte ohne jegliche Lieferungen von Kartoffeln und Fleisch.«³³⁹ Bei diesen geringen Rationen war ein Überleben der Bevölkerung undenkbar. Der zu Kriegzeiten bereits verbreitete Rucksackverkehr und die Versorgung auf dem Schwarzmarkt, der nach dem Krieg mehr denn je florierte, stellten in dieser Zeit eine Überlebensnotwendigkeit dar:

»Ohne Rucksackverkehr und ohne Schleichhandel wäre bei den herrschenden offiziellen Ernährungszuständen Wien längst ausgestorben. Wenn der Wiener nicht tot ist, so

335 REISCHL, *Wiens Kinder*, S. 37. Der Begriff »Koprophor« war früher in einigen Teilen Österreichs ein gebräuchlicher Ausdruck für die Mülltonne.

336 LÖWENFELD-RUSS, *Im Kampf*, S. 236.

337 Vgl. PFOSE/WEIGL, *Stunde Null*, S. 75. Hierin einbezogen sind auch die zu Jahresanfang erhaltenen Hilfslieferungen aus der Schweiz und Italien. Vgl. hierzu auch LÖWENFELD-RUSS, *Im Kampf*, S. 237f.

338 Vgl. EBD., S. 216ff.

339 RAUSCHER, *Die verzweifelte Republik*, S. 144.

ist damit der Beweis erbracht, daß er entweder selbst hamstert oder sich von Schleichhändlern seine Nahrung ergänzen läßt.«³⁴⁰

Der Rucksackverkehr für den Eigenbedarf wurde seitens der Ernährungsbehörden als legitimes und unumgängliches Hilfsmittel geduldet, wohingegen der gewerbsmäßige Schleichhandel, mit dem große Mengen Lebensmittel über die Gastronomie und den Einzelhandel vertrieben wurden, weiterhin (vergeblich) bekämpft wurde.

Um die Jahreswende 1919/20 begann das Ringen der österreichischen Regierung um neue Kredite schließlich von Neuem. Auf der nach wie vor tagenden Pariser Friedenskonferenz machte die Staatsführung die Vertreter der Siegermächte auf die sich abzeichnende humanitäre Katastrophe in der Heimat aufmerksam und appellierte an deren Verantwortung für das Überleben Wiens und Österreichs. »[...] Das Wasser stand uns an der Kehle, und wir mußten *viel* verlangen, um *etwas* zu bekommen«, resümierte LÖWENFELD-RUSS. »Und schließlich konnten wir uns auf den Standpunkt stellen, daß nicht *wir* den kleinen Torso-Staat Österreich geschaffen hatten, und die Herren der Entente sich nun etwas zu kümmern hätten, ob und wie sie das von ihnen in die Welt gesetzte Kind am Leben erhalten wollten.«³⁴¹ Dem »Bettelgang« nach Paris im Dezember 1919 folgten Wochen der Ungewissheit und zahlreiche Verhandlungen. Ende März 1920 wurde Österreich schließlich von Seiten der USA ein neuerlicher Lebensmittelkredit eingeräumt, der die Lieferung von 200.000 Tonnen Mehl sicherstellte.³⁴² Zusammen mit weiteren »Reliefkrediten«, die u. a. von England, Frankreich, der Schweiz und später auch von Argentinien gewährt wurden, bewirkten die amerikanischen Mehllieferungen ab Mai die langersehnte Entlastung der Wiener Versorgungsverhältnisse. Erstmals seit dem Zusammenbruch der Monarchie sei LÖWENFELD-RUSS zufolge die Brot- und Mehlversorgung der Alpenrepublik gesichert gewesen.³⁴³ Die »quälende Unruhe« in der Bevölkerung fand ein Ende. Von guten Versorgungsverhältnissen konnte aber dennoch keine Rede sein. Noch im Herbst 1920, betonen PFOSER und WEIGL, seien die Grundnahrungsmittel derartig knapp bzw. notgedrungen preisgestützt gewesen, dass z. B. für Mehl und Brot auf dem Schwarzmarkt das Fünf- bis Sechsfache der staatlich vorgegebenen Fixpreise verlangt wurde.³⁴⁴ An der allgemeinen Zwangsbewirtschaftung wurde mit wenigen Ausnahmen festgehalten. Erst ab dem Frühjahr 1921 erfolgte die Freigabe erster wichtiger Nahrungsmittel, darunter (Rind-)Fleisch, Fett und Kartoffeln.³⁴⁵ Die Rationierungsmaßnahmen für Brot und Milch wurden bis zum Frühsommer 1922 aufrechterhalten. Mit der Freigabe dieser beiden Nahrungsmittel verschwanden die letzten Lebensmittelkarten aus dem Wiener Alltag. Die parallel voranschreitende Geldentwertung verhinderte es jedoch, dass sich das Gros der Bevölkerung ausreichend selbstversorgen konnte.

In Anbetracht der unentwegt anhaltenden Entbehrungen der Bevölkerung ist es geradezu bemerkenswert, dass Wien – im Gegensatz zu Berlin und anderen Regionen Ös-

340 LÖWENFELD-RUSS, *Im Kampf*, S. 225. Vgl. auch PFOSER/WEIGL, *Stunde Null*, S. 80.

341 LÖWENFELD-RUSS, *Im Kampf*, S. 251. Vgl. hierzu auch RAUSCHER, *Die verzweifelte Republik*, S. 144.

342 Vgl. auch PFOSER/WEIGL, *Stunde Null*, S. 76. Sowie LÖWENFELD-RUSS, *Im Kampf*, S. 264.

343 Vgl. EBD., S. 265.

344 Vgl. PFOSER/WEIGL, *Stunde Null*, S. 80.

345 Vgl. hierzu ausführlich WEISGRAM, *Das Problem*, S. 190ff.

terreichs – von größeren Lebensmittelunruhen lange verschont blieb.³⁴⁶ Mit Ausnahme vereinzelter Menschenansammlungen vor dem Ernährungsamt in den unmittelbaren Nachkriegswochen und Plünderungen von Lebensmittelmagazinen kam es in Wien erst am 1. Dezember 1921 zu großen Ausschreitungen und Plünderungskrawallen, bei denen mehrere Tausend Wienerinnen und Wiener ihre Wut gegenüber den Spekulanten und Schiebern zum Ausdruck brachten:

»Im Anschluß an die Arbeiterdemonstration zog eine erbitterte Menge [...] zerstörend über den Ring, durch die Geschäftsstraßen der Inneren Stadt und der umliegenden Bezirke. Bei den Ringstraßenhotels Bristol, Grand Hotel und Hotel Imperial ereigneten sich schwere Sachbeschädigungen und Plünderungen; Passagiere wurden ihrer Habe beraubt. Kaffeehäuser und Geschäftsladen haben einen ungeheuren Schaden durch Zertrümmerung der Spiegelscheiben, Zerstörung der Einrichtung und durch den Verlust der Ware erlitten, die die raubenden Plünderer aus den Auslagen und aus dem Innern der Geschäfte hinwegschleppten.«³⁴⁷

Zu einem vergleichbaren Ereignis sollte es trotz der drastisch zunehmenden Teuerung, der nicht enden wollenden Not und Verzweiflung in der Bevölkerung kein weiteres Mal kommen. Gegenüber den exzessiven Entwicklungen in Berlin blieb es in Wien in den letzten Monaten der Inflation bis zur Genfer Sanierung Ende 1922 vergleichsweise ruhig. Dies mag auch daran gelegen haben, dass die Wiener Bevölkerung nach über acht entbehrrungsreichen Jahren mit ihrer Kraft am Ende war. Es ist auch anzunehmen, dass sich die Maßstäbe, die die Wiener bei der Bewertung der vorherrschenden Versorgungs-verhältnisse anlegten, infolge der dramatischen Hungerzeiten zwischen 1918 und 1920 veränderten. Die Versorgungssituation im Jahr 1922 war noch immer weit entfernt vom »Normalzustand« der Vorkriegszeit, doch gegenüber den fürchterlichen Verhältnissen im Winter 1919/20 erlebte die Bevölkerung nun eine merkliche Verbesserung der Ernährungslage. Die Stadt erreichte endlich den Punkt, an dem es ihr gestattet war, sich bis zu einem gewissen Maß von den Nahrungssorgen zu erholen. Ein weiterer Faktor, der sich beruhigend auf die Stimmung in großen Teilen der Bevölkerung ausgewirkt haben wird, war die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung, die sich seit ihrem Antritt im Mai 1919 tatkräftig und spürbar für eine Verbesserung der Wiener Lebensverhältnisse einsetzte. Von der ersten Stunde ihrer Amtsübernahme an galt es für die Sozialdemokraten, unter widrigsten Bedingungen gegen das Versorgungselend anzukämpfen. Es war nahe-liegend, dass sich die Sozialisten – als Fürsprecher der Großküche – hierbei auch früh-zeitig mit Fragen der Fortführung der (kommunalen) Gemeinschaftsverpflegung befas-sen. Doch noch bevor die neue Gemeindeadministration eigenverantwortlich aktiv wer-den konnte, erhielt die Stadt auf diesem Gebiet unverhofft Hilfe von HOOVERS ARA, die eine großangelegte Hilfsaktion für die unterernährten Kinder Österreichs in die Wege leitete.

346 In Oberösterreich kam es bereits zu Beginn des Jahres 1919 zu vermehrten Hungerprotesten. Vgl. ausführlich POSER/WEIGL, Stunde Null, S. 84f. Zu Wien vgl. LÖWENFELD-RUSS, Im Kampf, S. 198.

347 »Ausschreitungen und Plünderungen in Wien«, in: *Neues Wiener Tagblatt*, 2. Dezember 1921.

2.2.1 »Amerika rettet unsere Kinder«: Die ausländische Massenverpflegung in Wien

Bereits Anfang Mai 1919 berichteten einige Wiener Tageszeitungen, dass die Vereinigten Staaten von Amerika Lebensmittel im Wert von zehn bis zwölf Millionen Kronen für die Massenspeisung deutschösterreichischer Kinder zur Verfügung zu stellen beabsichtigten (Abb. 43).³⁴⁸ Angesichts des besorgniserregenden Ernährungszustandes der Wiener Kinder setzten sich die Verantwortlichen der geplanten »Amerikanischen Kinderhilfsaktion für Deutschösterreich« für eine umgehende Realisierung ihres Programms ein. Durch das zeitnahe Eintreffen der ersten dafür vorgesehenen Lebensmittel und der unverzüglichen Mithilfe des Staatsamts für Volksernährung und der Wiener Fürsorgezentrale konnte die Hilfsaktion bereits Mitte Mai täglich rund 1.000 Wiener Kinder verpflegen.³⁴⁹

Da ausschließlich unterernährte Kinder zur Kinderspeisung zugelassen werden sollten, waren die Leiter der Kinderhilfsaktion auf wissenschaftliche Unterstützung angewiesen, für die sie den Ernährungsgelehrten Clemens von PIRQUET (1874–1929) gewinnen konnten. Als Kinderarzt untersuchte PIRQUET bereits im Jahr 1918 den Ernährungszustand von rund 500 Wiener Kindern nach einheitlichen wissenschaftlichen Grundsätzen. Die Ergebnisse seiner Untersuchungen gaben zu erkennen, dass rund 91 Prozent der von ihm behandelten Kinder unterernährt waren.³⁵⁰ Verglichen mit den Vorkriegsverhältnissen wiesen z.B. Jugendliche im Alter von fünfzehn Jahren nun ein durchschnittliches Untergewicht von zehn Kilogramm auf.³⁵¹ Um eine angemessene und reichhaltige Versorgung der untersuchten Kinder sicherzustellen, griff PIRQUET auf ein von ihm entwickeltes Ernährungssystem zurück, mit dem der Nährwert der Nahrungszuteilungen auf Basis der Nahrungseinheit Milch berechnet wurde (NEM-System).³⁵² Mit dieser Methode und den dazugehörigen Rezepten konnte die amerikanische Kinderspeisung auf wissenschaftlicher Grundlage durchgeführt werden. PIRQUET unterstützte die Kinderhilfsaktion aber nicht nur als Ernährungsexperte. Da er fließend Englisch sprach, fungierte er auch als Vermittler zwischen den Amerikanern und den staatlichen und kommunalen Behörden, die für die Umsetzung des Hilfsprogramms in starkem Maß herangezogen wurden. Die Staatsämter für Volksgesundheit, Volksernährung, soziale Fürsorge, Finanzen und Verkehr entsandten Beauftragte, die gemein-

348 »Eine 400.000 Dollar-Lebensmittelpende für die Kinder Wiens«, in: *Der Neue Tag*, 6. Mai 1919. »Die Amerikaner übernehmen die Kinderernährung«, in: *Neues 8 Uhr-Blatt*, 6. Mai 1919. Vgl. auch REISCHL, Wiens Kinder, S. 86.

349 Vgl. »Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 30. Mai 1919«, in: *Amtsblatt der Stadt Wien* 28 (1919), Nr. 46, 7. Juni 1919, S. 1301–1337, hier S. 1302.

350 Vgl. PIRQUET, Clemens: »Ernährungszustand der Kinder in Österreich während des Krieges und der Nachkriegszeit«, in: DERS. (Hg.), *Volksgesundheit im Krieg*, Wien 1926, S. 151–179, hier S. 155. Das gleiche Ergebnis erzielten auch die amtsärztlichen Untersuchungen des städtischen Jugendamtes im Jahr 1918, in deren Rahmen etwa 50.000 von rund 200.000 Wiener Schulkinder untersucht wurden. Vgl. EBD., S. 158.

351 Vgl. PFOSE/WEIGL, Stunde Null, S. 92.

352 Die Zusammensetzung der Speisen wurde nach NEM bemessen. Ein NEM entsprach einem Gramm Muttermilch (667 Kilokalorien/Liter). Vgl. ausführlich REISCHL, Wiens Kinder, S. 125. Ferner LÖWENFELD-RUSS, Im Kampf, S. 280. »Bei den essenden Kindern«, in: *Arbeiter-Zeitung*, 29. Mai 1919.

sam mit Vertretern verschiedener Gemeindebehörden (Jugendamt, Fürsorgezentrale, Kriegsküchenkommissariat u.a.) und Mitarbeitern der zahlreichen Kinderfürsorgeeinrichtungen eine Arbeitsgemeinschaft bildeten.³⁵³ Mit diesem Zusammenschluss, der sich am 24. Mai als »Deutschösterreichisches Jugendhilfswerk« konstituierte, wurde der Organisationsapparat zur Durchführung der Kinderspeisung geschaffen.

Abbildung 43: Ankündigung der Amerikanischen Kinderhilfsaktion in der Wiener Presse



Abbildung aus *Wiener Bilder* 19, 11. Mai 1919. Quelle: Österreichische Nationalbibliothek, ANNO Austrian Newspapers Online.

353 Vgl. REISCHL, *Wiens Kinder*, S. 87. Sowie »Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 30. Mai 1919«, S. 1302f.

Alle Beteiligten nahmen innerhalb weniger Tage ihre Arbeit auf und setzten in Windeseile ein rasant wachsendes Versorgungssystem in Gang. Ärzte und Beamte begannen mit den Untersuchungen Hunderter und bald Tausender Kinder, die von den Bezirksjugendämtern, Schulen und Fürsorgeverbänden geschickt wurden. Parallel setzte die Ermittlung der für einen Dauerbetrieb geeigneten Küchenstandorte ein. Von Palästen, Schulgebäuden, Turnsälen, Kasernen und Baracken bis hin zu Spitälern, Kindergärten, Waisenhäusern und Fürsorgeeinrichtungen wurden alle zweckmäßigen Objekte herangezogen und für die Kinderspeisung dienstbar gemacht.³⁵⁴ Auch einige der bestehenden Wiener Kriegsküchen fanden Berücksichtigung, doch »[i]n nicht wenigen der für eine Massenverköstigung installiert gewesenene Küchen waren die Räume, Kessel, Heizanlagen, Tische, Bänke, Kochkisten usw. zum Teile Wracks oder in tadelnswertem Zustande«, konstatierte REISCHL rückblickend. Die »Spuren der Kriegszeit [...], in der [...] jegliches brauchbare Material verwendet, rücksichtslos abgenützt wurde, in der ein sinnloses Wirtschaften sich um ein Konservieren und Erneuern nicht kümmerte«³⁵⁵ bereiteten große Probleme, sodass die Übernahme vieler Kriegsküchen nicht in Frage kam. Demgegenüber waren die für die Durchführung der Kinderspeisung unabkömmlichen Wiener Lagerhäuser und mit großen Kühlanlagen ausgestatteten Speicher von größerem Nutzen. Für die großen Mengen an Lebensmitteln, die im Laufe des Sommers 1919 für die Kinderhilfsaktion bereitgestellt wurden, erwiesen sich die städtischen Einrichtungen jedoch bald als zu klein. So dienten in erster Linie die Parterreräumlichkeiten in der Neuen Burg, die bis zu 300 Tonnen Lebensmittel fassten, als Zentral-Lebensmittellager.³⁵⁶ Darüber hinaus galt es frühzeitig ein System für die Belieferung der Küchen mit Lebensmitteln zu entwickeln, für das neben Lastkraftwagen auch Straßenbahnen, Pferdefuhrwerke und Handwagen herangezogen wurden. Für die Küchenbetriebe musste zudem ausreichendes und vor allem geeignetes Personal gefunden werden. Die Leitung der Küchen übernahmen vor allem Frauen, die an Fachkursen der Kinderklinik PIRQUETS teilgenommen hatten und mit den NEM-Rezepten vertraut waren. Unterstützt wurden die Küchenwirtschafterinnen von einem Stab weiblicher Hilfskräfte, die aus allen Gesellschaftskreisen und Altersgruppen rekrutiert wurden.³⁵⁷

Noch vor der Aufnahme des Speisebetriebs standen die Küchendamen vor der schwierigen Aufgabe, die Ausstattung der Kinderküchen mit sämtlichen Einrichtungsgegenständen, Gebrauchsgütern, Nahrungsmitteln, Brennmaterial, Wäsche und Geschirr zu besorgen. Der anhaltende Material- und Rohstoffmangel bewirkte, dass viele der geplanten Küchen nicht sofort in Betrieb genommen werden konnten. Am 2. Juni 1919, dem offiziellen Eröffnungstag der amerikanischen Kinderspeisung, beklagte der für die Wiener Kinderhilfsaktion zuständige Kommissär Raymond Hermann

354 Vgl. FECHNER, Bruno: »Die Küchen- und Ausspeiseräume«, in: Die Amerikanische Kinderhilfsaktion in Wien. Mitteilungen der American Relief Administration, Band 2, Wien 1921, S. 84–90, hier S. 84.

355 REISCHL, Wiens Kinder, S. 116.

356 Vgl. MÜLLER, Robert: »Das Zentral-Lebensmittellager«, in: Die Amerikanische Kinderhilfsaktion in Wien. Mitteilungen der American Relief Administration, Band 2, Wien 1921, S. 98–100, hier S. 98.

357 Vgl. hierzu ausführlich MENZL, Maria: »Die Ausspeisedame«, in: Die Amerikanische Kinderhilfsaktion in Wien. Mitteilungen der American Relief Administration, Band 2, Wien 1921, S. 143–146, hier S. 144. Ferner REISCHL, Wiens Kinder, S. 113f. Three Years Work of the American Relief Administration in Austria, Wien 1922, S. 15.

GEIST (1885–1955), »daß die ganze Ausspeisungsaktion für amerikanische Begriffe viel zu langsam vor sich gehe«³⁵⁸. In Wien waren mittlerweile Lebensmittel für eine dreimonatige Versorgung von über 50.000 Kindern täglich vorrätig. Mit dem Tempo der eintreffenden Lebensmittel aus Amerika konnten die Kücheneröffnungen und ärztlichen Untersuchungen nicht mithalten.³⁵⁹ Keine zwei Wochen nach der Gründung des Österreichischen Jugendhilfswerks waren am Tag der feierlichen Eröffnung im Augartenpalais immerhin sechs Kinderspeisungen in Betrieb, die zusammen täglich etwa 3.000 Wiener Schulkinder verpflegten.³⁶⁰ Weitere rund 2.000 Kinder wurden zudem in verschiedenen belieferten Fürsorgeeinrichtungen (u.a. Tagesheimstätten, Krippen, Horten) mit einer warmen Mahlzeit versorgt.³⁶¹ Seit Anfang Juni nahmen Woche für Woche weitere Kinderküchen ihren Betrieb auf und täglich kamen neue Kostgänger hinzu. Etwa einen Monat später gab die amerikanische Kinderspeisung schon 75.000 Portionen täglich aus. Mitte Juli 1919 wurden täglich mehr als 106.000 Kinder mit einer warmen Mittagsmahlzeit versorgt.³⁶² Zu diesem Zeitpunkt umfasste die Kinderspeisung bereits 34 Küchen, von denen etwa zwei Drittel in Schulgebäuden untergebracht waren. Gekocht wurde darüber hinaus in den Schlössern Belvedere und Schönbrunn und in der Neuen Burg. Auch vier der ehemaligen Kriegsküchen konnten für die Kinderspeisung nutzbar gemacht werden.³⁶³ Die Speisen wurden grundsätzlich unentgeltlich ausgegeben. Familien, die über ausreichend finanzielle Mittel verfügten, konnten jedoch freiwillig einen Regiebeitrag von zunächst dreißig Hellern pro Mahlzeit leisten, der zur Deckung der Zubereitungs-, Heiz- und Personalkosten beitrug. Wie in Deutschland war die Kinderspeisung sowohl von staatlicher als auch von kommunaler Seite auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Auch hier trugen die Amerikaner schlussendlich den Löwenanteil der Finanzierung. Ihr anfänglich anvisierter Betrag von zwölf Millionen Kronen für Lebensmittel stieg nach eigenen Angaben bis Mitte Juli 1919 auf über fünfzig Millionen Kronen.³⁶⁴

Die amerikanische Kinderhilfsaktion war ursprünglich für einen Zeitraum von wenigen Monaten angedacht. Sie wurde jedoch alsbald verlängert. Die ärztlichen Untersuchungen gaben rasch zu erkennen, dass das Wiener Kinderelend weitaus dramatischer war als im Vorhinein angenommen wurde. Ende Januar 1920 gab der Leiter der Kinderhilfsaktion für Österreich Schiffsleutnant Gilchrist Baker STOCKTON (1890–1972) bekannt, dass die medizinische Überprüfung der Kinder einen so erschreckenden Zustand von Unterernährung zeigte, dass nicht nur eine Verlängerung der Aktion bis August 1920 für unumgänglich erachtet wurde, sondern auch eine Erhöhung der täglich zu versor-

358 »Die Kinderausspeisungen«, in: *Neues 8-Uhr-Blatt*, 2. Juni 1919.

359 Vgl. REISCHL, *Wiens Kinder*, S. 94 und S. 100.

360 Vgl. »Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 30. Mai 1919«, S. 1302.

361 Zwei Tage nach der Eröffnung seien REISCHL zufolge bereits 6.000 Kinder täglich versorgt worden. Vgl. DERS., *Wiens Kinder*, S. 95.

362 Vgl. EBD., S. 150f.

363 Vgl. FECHNER, *Die Küchen- und Ausspeiseräume*, S. 86.

364 Vgl. REISCHL, *Wiens Kinder*, S. 86.

genden Kinderzahl von 110.000 auf 147.000 Pfleglinge notwendig erschien.³⁶⁵ Tatsächlich stieg die Zahl der Verköstigten kontinuierlich weiter. Gegen Ende März 1920 wurden rund 175.000 Kinder versorgt.³⁶⁶ Bis Juli 1920 gab die amerikanische Kinderhilfsaktion insgesamt 68 Millionen Mahlzeiten aus. Trotz des Rückgangs der zur Verfügung stehenden amerikanischen Spendenmittel konnte die Aktion im August nochmals um ein weiteres Jahr verlängert werden.³⁶⁷ Damit verbunden waren eine Erhöhung der Regiekosten und eine verstärkte Mitarbeit der österreichischen Behörden bei der Beschaffung der Nahrungsmittel. So konnten auch zwei Jahre nach dem Beginn der Aktion noch immer rund 157.000 der vier- bis achtzehnjährigen Wiener täglich ausgespeist werden.³⁶⁸ Im Sommer 1921 standen über Tausend Hilfskräfte im Dienst der amerikanischen Kinderfütterung. Das Hilfswerk unterhielt mittlerweile »nur« noch 24 Großküchen, zählte aber weiterhin über 530 Speisestellen. Mehr als die Hälfte der Speisestellen befand sich in den zahlreichen Kinder- und Jugendfürsorgeeinrichtungen, die alle mit finanziellen Problemen infolge des Krieges kämpften.³⁶⁹ An ihrem Fortbestehen hatte die amerikanische Kinderhilfsaktion einen maßgeblichen Anteil.

Die Kinderspeisung der ARA war mit Abstand die bedeutendste ausländische Aktion, die zur Linderung der Not im »Nachkriegswien« beitrug. Seit ihrem Beginn im Frühsommer 1919 wurden zahlreiche weitere Initiativen und Missionen von verschiedenen Staaten und Hilfsorganisationen in die Wege geleitet. Das Spektrum der Auslandshilfe war vielfältig und umfasste u.a. die Unterstützung inländischer Wohlfahrtsvereinigungen, die Verteilung von Kleiderspenden, die Unterbringung unterernährter Kinder im Ausland, die Errichtung von Kinderheimen und Kinderfürsorgestellen, den Import ausländischer Kühe zur Unterstützung der Milchversorgung und die Einrichtung von Kinder-Milchtrinkhallen.³⁷⁰ Auch die Massenverköstigung war wie in Deutschland häufig Bestandteil der Hilfsmissionen. Die niederländische Hilfsaktion z.B. organisierte ab

-
- 365 »Ausgestaltung des amerikanischen Kinderhilfswerkes«, in: *Neues Wiener Journal*, 28. Januar 1920. Wie in Berlin waren die Mahlzeiten der Wiener Kinderhilfsaktion zunächst als eine »Zusatzmahlzeit« angedacht. Angesichts der schwierigen Versorgungsverhältnisse vieler Familien erkannte die ARA, dass das »American meal« für die meisten Kinder die Hauptmahlzeit des Tages darstellte. Vgl. A Review of the Work of the American Relief Administration in Austria, Wien 1921, S. 11f.
- 366 Vgl. »Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 30. März 1920«, in: *Amtsblatt der Stadt Wien* 29 (1920), Nr. 31, 17. April 1920, S. 961–1033, hier S. 961.
- 367 »Die amerikanische Kinderausspeisung geht weiter«, in: *Neues Wiener Tagblatt*, 4. August 1920. »Die nächsten Pläne der amerikanischen Kinderhilfsaktion«, in: *Vorarlberger Wacht*, 10. August 1920.
- 368 Vgl. TREMMEL, Franz: »Mitwirkung der Schule an der Hilfsaktion«, in: Die Amerikanische Kinderhilfsaktion in Wien. Mitteilungen der American Relief Administration, Band 2, Wien 1921, S. 69–73, hier S. 70.
- 369 Vgl. WOLF, Hilda: »Die Hilfe für 280 Jugendfürsorgeanstalten«, in: Die Amerikanische Kinderhilfsaktion in Wien. Mitteilungen der American Relief Administration, Band 2, Wien 1921, S. 81–84, hier S. 83. Bis zum Rückzug der ARA aus dem Kinderhilfswerk im Mai 1922 blieb der Umfang der versorgten Wiener Kinder, der Speiseeinrichtungen sowie des Personals weitgehend gleich. Vgl. Three Years Work of the American Relief Administration in Austria, Wien 1922, S. 26.
- 370 Einen nachträglichen Überblick über die Auslandshilfe in Wien hat der damalige Pressechef des österreichischen Jugendhilfswerks REISCHL vorgelegt. Siehe hierzu DERS., »Die ausländische Kinderhilfe in Wien«, in: PIRQUET, Clemens (Hg.), Volksgesundheit im Krieg, Wien 1926, S. 363–428.

November 1919 das Frühstück in den Wiener Kindergärten, das von rund 3.000 Kleinkindern in Anspruch genommen wurde.³⁷¹ Norwegen und Schweden wiederum widmeten einen beträchtlichen Teil ihrer Hilfe der Mittagsverpflegung der vierzehn- bis achtzehnjährigen Wiener Bevölkerung. Beide Länder richteten unabhängig voneinander zusammen über achtzig Jugendküchen ein, die im Sommer 1920 rund 27.000 Studierende, Mittelschüler, Lehrlinge und Hilfsarbeiter täglich mit einer Mahlzeit versorgten.³⁷²

Abbildung 44: Amerikanische Kinderausspeisung in Wien (1920)



Abbildung aus *Wiener Bilder* 17, 25. April 1920, Titelseite. Quelle: Österreichische Nationalbibliothek, ANNO Austrian Newspapers Online.

Neben den amerikanischen, schwedischen und norwegischen Küchen, die sich ausschließlich an Kinder und Jugendliche richteten, gab es auch eine Reihe von Verpflegungsangeboten für Erwachsene. So startete Ende März 1921 eine Hilfsaktion amerikanischer Studierender für mittellose Wiener Hochschüler. Mit der Unterstützung der ARA finanzierte die »Studenten-Hilfsaktion« Mittagstische für mehr als 8.700 Studenten.³⁷³ Eine andere Massenverpflegungsinitiative, die sich an akademische Lehrkräfte richtete, brachte der amerikanische *Rochester Patriotic and Community Fund* auf den Weg.³⁷⁴ Dieser

371 Vgl. Gemeindeverwaltung 1919–1922, S. 300.

372 Vgl. REISCHL, Die ausländische Kinderhilfe, S. 396ff.

373 Vgl. EBD., S. 412f.

374 Der *Rochester Patriotic and Community Fund* ging aus einer Kriegskasse hervor, die zur Unterstützung der Soldaten und ihrer Familienangehörigen während des Krieges in Rochester, New York, eingerichtet wurde. Nach dem Krieg wurden mithilfe des Fonds mehrere Fürsorgeinitiativen und

finanzierte im Jahr 1920 die Inbetriebnahme einer »Professorenmensa«, von der mehr als Tausend Lehrkräfte in Wien Gebrauch machten:

»The basement premises of the Arkaden-Keller Café were chosen as the locality for the Vienna mess. They had many advantages, immediate vicinity to the university, fitness of the rooms for use as dining rooms and small anti-rooms adjoining for service. [...] The food was prepared at the Hofburg kitchen, one of the A.R.A. kitchens, under the Nem system, and transported to the mess by motor lorry. A mess committee was formed and general conditions were laid down as to participation, admittance being given to all actual professors of the university, especially professors of special faculties, including salaried lecturers [...]. Luncheon is served daily[,] consisting of soup, a second course, sweet[s], and home made bread, cocoa or coffee. The foodstuffs come from America – with the addition of locally purchased foods, such as vegetables and condiments to vary the menu.«³⁷⁵

Einen bemerkenswerten Beitrag zur Massenverpflegung im Nachkriegswien leistete darüber hinaus das Hilfswerk des *American Jewish Joint Distribution Committees* (JDC). Das JDC war ein Zusammenschluss verschiedener Hilfsorganisationen, die sich in erster Linie der Fürsorge für jüdische Kriegsbeschädigte in Osteuropa widmeten.³⁷⁶ In der Zeit von Juli 1919 bis Mai 1921 gründete und unterhielt das Komitee in Wien mindestens drei rituelle Kinderküchen, eine Arbeiterküche und zwei Mittelstandsküchen. Letztere wurden täglich von rund 1.800 Lehrern, Künstlern, Schriftstellern und Buchhaltern usw. in Anspruch genommen. Daneben subventionierte das JDC den Weiterbetrieb von nahezu vierzig jüdischen Versorgungseinrichtungen, zu denen neben weiteren rituellen Speisestellen der Kriegszeit auch die Küchen des *Vereins zur Errichtung von Volksküchen nach israelitischem Ritus* gehörten. Des Weiteren ermöglichte das JDC im Jahr 1922 die Aufrechterhaltung der SCHWARZWALDSCHEN Mittelstandsküchen des *Vereins zur Schaffung und Erhaltung von Gemeinschaftsküchen*, indem es gemeinsam mit der ARA die Belieferung der Gemeinschaftsküchen mit amerikanischen Lebensmitteln und die Ausgabe von Freikarten an Mittelstandsangehörige finanzierte.³⁷⁷ Die von der ARA ins Leben gerufenen Verpflegungsaktionen für Erwachsene beschränkten sich bis zu diesem Zeitpunkt im Wesentlichen auf die sogenannte »Dollarpaketaktion«, mit der zwischen Februar 1920 und März 1921 Lebensmittel im Wert von rund 360.000 Dollar zur Verteilung gelangten.³⁷⁸ Ein Teil der versandten Dollarpakete war an einzelne Österreicher persönlich gerichtet, denen auf diesem Weg die Hilfe von Verwandten und Freunden, die in den Vereinigten Staaten lebten, zukam. Der überwiegende Teil der Sendungen war jedoch ohne nähere Widmung für unterschiedliche Wohlfahrtszwecke bestimmt,

Wohltätigkeitsaktionen finanziell unterstützt. Vgl. LIEBSCHUTZ, Sarah F.: *Communities and Health Care*. The Rochester, New York, Experiment, Rochester 2011, S. 30. Zur Hilfsmaßnahme in Wien vgl. REISCHL, *Die ausländische Kinderhilfe*, S. 411f.

375 A Review of the Work of the American Relief Administration in Austria, Wien 1921, S. 44ff.

376 Vgl. REISCHL, *Die ausländische Kinderhilfe*, S. 395 und S. 403ff.

377 Vgl. EBD., S. 413. *Three Years Work of the American Relief Administration in Austria*, Wien 1922, S. 35ff.

378 Vgl. »Verordnungsblatt des Bundesministeriums für Volksernährung«, 3. Jg., Nr. 5 (Mai 1921), S. 161.

sodass auf diesem Wege auch einige Wiener Großküchen, die sich an Erwachsene richteten, Unterstützung erhielten.³⁷⁹ Trotz der vielfältigen ausländischen Aktionen blieb die Massenverpflegung für Erwachsene insgesamt betrachtet – und im Gegensatz zur Kinderspeisung – eine Ausnahmerecheinung unter den Hilfsmaßnahmen. Dies lag zu einem gewissen Teil daran, dass die ausländische Spendenbereitschaft gegenüber Hilfsmissionen für Erwachsene weitaus geringer ausfiel als für jene Initiativen, die sich in erster Linie an Not leidende Kinder richteten.³⁸⁰ Eine nicht unbedeutende Rolle werden aber auch die Massenverpflegungsaktivitäten der Wiener Stadtverwaltung gespielt haben, die seit dem Sommer 1919 an einer neuerlichen Reorganisation des städtischen Großküchenwesens arbeitete.

2.2.2 Wiens Kriegsküchen bestehen fort: Die Entstehung der WÖK

Der enorme Zulauf zu den Wiener Massenspeiseeinrichtungen blieb im ersten Nachkriegsmonaten ungebrochen. Im Sommer 1919 existierten in Wien nach wie vor mehr als 400 Großküchen und Auspeisestellen, die durchschnittlich von mindestens 452.000 Wienern täglich in Anspruch genommen wurden.³⁸¹ Mehr als die Hälfte der Speiseteilnehmer waren Besucher der kommunalen Großküchen. Die Speisestellen der unentgeltlichen Auspeisungsaktion erlebten im Januar 1919 mit nahezu 110.000 Teilnehmern den höchsten Besucherstand seit ihrer Errichtung. Über zwei Drittel der Portionen wurden hierbei in den Speisestellen der Wiener Arbeiterbezirke verteilt (Abb. 45).³⁸² Auch in den anschließenden Monaten blieb die Frequentierung der Auspeisungen außerordentlich hoch. Etwa 34 Millionen Portionen gaben die Speisestellen im ersten Nachkriegsjahr aus – das waren rund eine Million Portionen mehr als im Kriegsjahr 1917.

Abgenommen hatte demgegenüber die Zahl der Auspeisungen, die im Vergleich zum Jahr 1917 (mit 157 Speisestandorten) nunmehr 127 Speisestellen umfasste. Ebenfalls gesunken war auch die Zahl der städtischen Kriegsküchen, die zwischen Januar und Juni 1919 nicht weniger als 35 Millionen Portionen ausgaben. Nachdem gegen Ende des Jahres 1918 die Kriegsküche Nr. 68 eröffnet wurde, mussten im ersten Halbjahr 1919 achtzehn Einrichtungen ihren Betrieb wieder einstellen. Der enorme Materialmangel, der die hygienischen Bedingungen in den Küchen zunehmend beeinträchtigte, fehlende Rohstoffe und unüberwindbare Schwierigkeiten bei der Belieferung der Küchen mit Lebensmitteln werden die maßgeblichen Gründe für die Schließungen gewesen sein.³⁸³

379 Vgl. EBD. Ferner REISCHL, Die ausländische Kinderhilfe, S. 409.

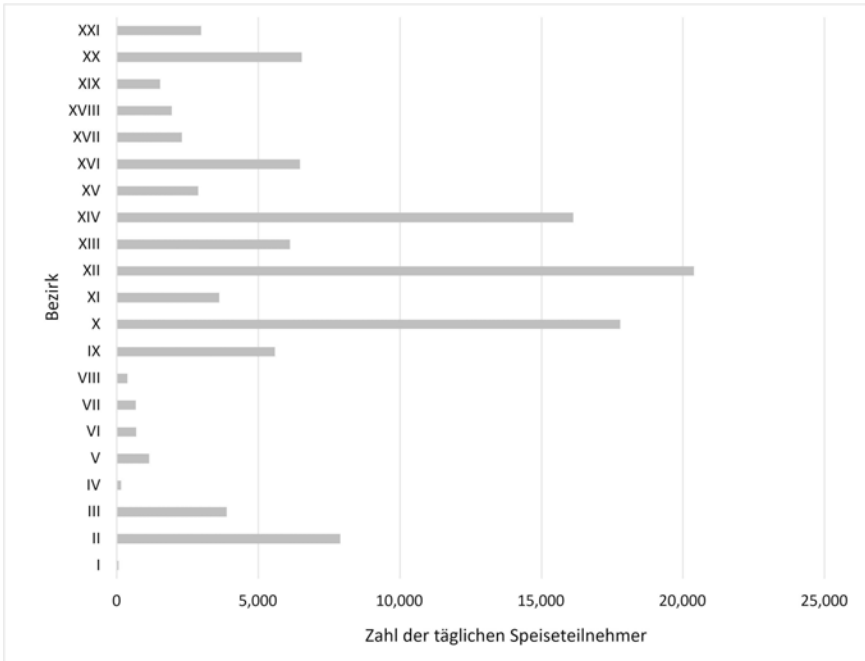
380 Vgl. COX, Hunger, S. 282.

381 Im Juni 1919 waren mehr als 120 Speisestellen der städtischen Auspeisungsaktion und noch etwa fünfzig städtische Kriegsküchen in Betrieb. Daneben bestanden u.a. über 110 Gemeinschaftsküchen und mehr als 120 Betriebsküchen. Nicht mitgerechnet sind die privaten Speiseanbieter, Suppenanstalten und Volksküchen. Vgl. Gemeinde-Verwaltung 1914–1919, S. 160 und S. 162f.

382 Vgl. EBD., S. 160.

383 Dies geht aus verschiedenen Beiträgen in den Gemeinderatssitzungen hervor. Vgl. u.a. »Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 6. März 1919«, in: *Amtsblatt der Stadt Wien* 28 (1919), Nr. 22, 15. März 1919, S. 629–672, hier S. 634. Sowie »Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 15. April 1919«, in: EBD., Nr. 33, 23. April 1919, S. 937–963, hier S. 939f.

Abbildung 45: Besucherzahlen der öffentlichen Ausspeisungen nach Wiener Bezirken (Anfang 1919)



Quellen: Gemeinde-Verwaltung 1914–1919, S. 160.

Die Probleme in den Kriegsküchen, von denen auch die Ausspeisungen und viele andere Wiener Großküchen in ähnlichem Maße betroffen waren, wurden ab dem Frühjahr 1919 abermals im Gemeinderat zur Sprache gebracht und erneut mit Forderungen nach einer Reform des Kriegsküchenwesens verbunden. Dabei waren es wieder in erster Linie die sozialdemokratischen Vertreterinnen und Vertreter, die auf die »grandiose Mißwirtschaft« in nahezu allen Küchen hinwiesen. Die Stadträtin Amalie SEIDEL (1876–1952) beklagte die vorherrschende Korruption in den Küchen, die mit einer bevorzugten Versorgung des Küchenpersonals und vielfach ausbleibenden Einnahmen einherging. Niemand kümmere sich um die Vorkommnisse in den Küchen und jede Einrichtung führe ihre Bücher nach eigenem Ermessen.³⁸⁴ Ein grundsätzliches Problem habe laut den Sozialdemokraten in der Vielzahl der verschiedenen nebeneinander bestehenden Einrichtungen bestanden, die alle getrennt voneinander und daher unökonomisch verwaltet wurden.³⁸⁵ Der sozialdemokratische Gemeinderat Gustav SCHEU (1875–1935) forderte

384 »Die Reform des Ausspeisedienstes«, in: *Neue Freie Presse*, 24. Oktober 1919. Siehe auch »Vereinheitlichung des Ausspeisedienstes der Stadt Wien«, in: *Wiener Zeitung*, 24. Oktober 1919.

385 Vgl. hierzu den Antrag der Gemeinderätin Marie KRAMER (1884–1973). »Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 20. Juni 1919«, in: *Amtsblatt der Stadt Wien* 28 (1919), Nr. 52, 28. Juni 1919, S. 1503–1540, hier S. 1513.

daher bereits im März 1919 »einen Plan zur einheitlichen Organisation, Leitung, Versorgung und hygienischen Ueberwachung der Kriegsküchen«³⁸⁶. Die Aufgabe der Reorganisation der städtischen Massenverpflegung wurde schließlich im Juli einer Gemeinderatskommission übertragen. Diese sprach sich nach eingehender Prüfung der Verhältnisse in den Küchen im Laufe des Herbstes ebenfalls für eine einheitliche Belieferung der Einrichtungen durch eine noch zu gründende städtische Zentralstelle aus.³⁸⁷

Mittlerweile hatten weitere Kriegsküchen ihren Betrieb einstellen müssen. Auch der Besucherandrang nahm trotz der anhaltenden Versorgungsschwierigkeiten spürbar ab. Die Zahl der ausgegebenen Mahlzeiten, die im Frühjahr 1919 noch mehr als 190.000 Portionen täglich umfasste, sank bis Oktober 1919 auf nunmehr 60.000 Tagesportionen.³⁸⁸ Einen ähnlich drastischen Rückgang der Teilnehmerzahlen hatten auch die städtischen Ausspeisungen zu verzeichnen. Während im Sommer noch rund 94.000 Wiener die unentgeltliche Speisung in Anspruch nahmen, waren es gegen Ende des Jahres noch 51.000 Teilnehmer. Die rückläufigen Zahlen in den mehrheitlich von Kindern besuchten Ausspeisungen sind zum einen auf das Bestehen der amerikanischen Kinderhilfsaktion zurückzuführen. Zum anderen habe, wie REUMANN erklärte, der im Spätsommer eingeführte Regiebeitrag dazu beigetragen, dass viele Bedürftige die Ausspeisungen nicht mehr frequentierten.³⁸⁹ Die abnehmende Besucherzahl in den Kriegsküchen wurde hingegen gemeinhin als Folge der obwaltenden Missstände in den Küchen angesehen. Im Zuge der Verschärfung der Ernährungsprobleme im Herbst 1919 suchten die Wiener statt der Kriegsküchen vermehrt andere Speiseeinrichtungen auf. Dem *Neuigkeits-Welt-Blatt* zufolge wuchs der Besucherkreis der Gemeinschaftsküchen in jenen Wochen um 50.000 Personen.³⁹⁰ Immer mehr Gasthäuser gingen zudem dazu über, ihre Betriebe in Erwerbsküchen umzuwandeln, und boten Menüs zum Einheitspreis an.³⁹¹ Darüber hinaus wurde die Gründung eines neuen privaten Großküchenunternehmens bekanntgegeben. Gegen Ende November eröffnete die sogenannte »Wiener Elternvereinigungsküche«, die in nahezu allen Stadtbezirken mindestens eine ihrer rund vierzig Abgabestellen unterhielt.³⁹²

Alle diese Entwicklungen gaben der Stadtverwaltung zu erkennen, dass der Bedarf nach öffentlicher Verpflegung in der Wiener Bevölkerung anhielt. In Anbetracht des

386 »Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 6. März 1919«, S. 634.

387 Vgl. HÖRANDNER, WÖK, S. 13. Vgl. auch »Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 11. Juli 1919«, in: *Amtsblatt der Stadt Wien* 28 (1919), Nr. 60, 26. Juli 1919, S. 1855–1893, hier S. 1861. Die Errichtung einer städtischen Zentralstelle, die sämtliche Verpflegungsanstalten mit Lebensmitteln beliefert, wurde bereits kurz zuvor von Seiten des christlichsozialen Gemeinderatsvertreter Karl RUMMELHARDT (1872–1930) beantragt. Vgl. »Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 15. April 1919«, S. 940.

388 Vgl. »Die Reform des Ausspeisedienstes«, in: *Neue Freie Presse*, 24. Oktober 1919.

389 Vgl. »Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 23. Jänner 1920«, in: *Amtsblatt der Stadt Wien* 29 (1920), Nr. 9, 31. Jänner 1920, S. 273–291, hier S. 279f.

390 Vgl. »Die Massenauspeisung in Wien«, in *Neuigkeits-Welt-Blatt*, 15. November 1919.

391 Vgl. »Die Wiener Gemeinschaftsküchen«, in: *Der Tag*, 11. Februar 1925.

392 Vgl. EBD. Vgl. auch »Der Kampf um die Wiener Elternvereinigungs-Küche«, in: *Neuigkeits-Welt-Blatt*, 19. November 1919. »Das Ende der Wiener Großküche«, in: *Der Neue Tag*, 19. November 1919. Näheres über den Fortgang dieses Großküchenunternehmens konnte nicht ermittelt werden.

Brennstoffmangels gingen die Gemeindevertreter davon aus, dass viele Zehntausende Wiener Haushalte im bevorstehenden Winter auf öffentliche Küchen angewiesen sein werden.³⁹³ Ende Oktober präsentierten REUMANN und Finanzstadtrat BREITNER dem Stadtrat die Pläne zur Vereinheitlichung der städtischen Küchen. Für die künftige Organisation des Kriegsküchenwesens setzte die Wiener Stadtverwaltung auf die Expertise der US-Amerikaner, die mit der Kinderhilfsaktion eine mustergültige Massenverpflegung leiteten. Im Einvernehmen mit der niederösterreichischen Landesregierung und dem Volksernährungsamt betraute der Stadtrat auf Antrag REUMANNs den für Wien zuständigen ARA-Kommissär GEIST mit der Leitung der künftigen Wiener Erwachsenenenspeisung. BREITNER zufolge war der US-Amerikaner damit bevollmächtigt, die städtischen Küchen ohne jegliche »bürokratische Bevormundung« nach seinen Vorstellungen zu reorganisieren und, »was das Entscheidende und Maßgebende ist, Lebensmittelbezüge aus dem Auslande zu sichern, nachdem weder wir noch der Staat die hierzu erforderlichen Fremdenkredite uns beschaffen können«³⁹⁴. Für die Durchführung der Kriegsküchenreform, für die von Seiten der amerikanischen Auslandshilfe keinerlei finanzielle Mittel in Aussicht gestellt wurden, entschlossen sich Staat und Gemeinde zur Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Am 8. November 1919 wurde schließlich die »Vienna Public Feeding Ges.m.b.H.« (VPF) ins Leben gerufen:

»Als Gegenstand des Unternehmens wurde die Volksauspeisung in Wien festgelegt, mit dem Zusatz, daß die Gesellschaft ein gemeinnütziges Unternehmen sei. Das Stammkapital von 20 Millionen Kronen wurde je zur Hälfte von Bund und Gemeinde eingelegt, zur Gewinnverteilung wurde bestimmt, daß der Reingewinn teils zu »reservieren«, teils Auspeisungszwecken zuzuführen sei. Einen allfälligen Verlust sollten beide Gesellschafter je zur Hälfte tragen.«³⁹⁵

Die Geschäftsführung der VPF wurde erfahrenen Vertretern verschiedener staatlicher und kommunaler Lebensmittelversorgungsinstitutionen übertragen. GEIST übernahm den Vorsitz im siebenköpfigen Aufsichtsrat, dem neben je zwei staatlichen und kommunalen Vertretern auch Clemens PIRQUET und der US-amerikanische Fabrikant und Wohltäter Jerome STONBOROUGH (1873–1938) angehörten.³⁹⁶ Die Vorbereitungen zur Übernahme der Kriegsküchen durch die VPF waren seit Ende Oktober im Gange. Nicht alle der bestehenden Einrichtungen wurden als fortführungswürdig erachtet. Jene

393 Vgl. »Die Reform des Auspeisedienstes«, in: *Neue Freie Presse*, 24. Oktober 1919. Ferner »Die amerikanische Kriegsküchenaktion«, in: *Neues Wiener Tagblatt*, 15. November 1919.

394 EBD.

395 SCHÖNFELLNER, Franz: »Der Bund als Gesellschafter der WÖK in der ersten Republik«, in: *Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs* 39 (1986), S. 148–171, hier S. 148. Vgl. auch »Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 14. November 1919«, in: *Amtsblatt der Stadt Wien* 28 (1919), Nr. 95, 26. November 1919, S. 2919–2951, hier S. 2928ff.

396 Vgl. hierzu ausführlich »Die amerikanische Auspeisung«, in: *Der Neue Tag*, 14. November 1919. Sowie SCHÖNFELLNER, Der Bund, S. 151f. Das Mitwirken STONBOROUGHs stand in einem engen Zusammenhang mit dem Engagement seiner Frau Margaret STONBOROUGH-WITTGENSTEIN (1882–1958), die sich als gebürtige Österreicherin zur Mitarbeit in der Amerikanischen Hilfsaktion berufen fühlte und Lebensmittelspenden für Wien organisierte. Vgl. GREINER, Margret: Margaret Stonborough-Wittgenstein. Grande Dame der Wiener Moderne, Wien 2018, S. 120ff.

Küchen, die sich für den Weiterbetrieb eigneten, wurden nach Möglichkeit generalüberholt, was sich in erster Linie in der Neubesetzung des Küchenpersonals bemerkbar machte. Nach den Vorstellungen GEISTS sollte auch die Leitung der Erwachsenenküchen vor allem Frauen angetragen werden, die mit dem bewährten NEM-System von PIRQUET vertraut waren.³⁹⁷ Die VPF übernahm zunächst nur neunzehn Wiener Kriegsküchen und machte während der Verhandlungen darauf aufmerksam, dass die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel die für einen Dauerbetrieb anfallenden Kosten nicht deckten. HÖRANDNER zufolge übertrug die Gemeinde der Gesellschaft daraufhin u.a. die volle Verfügungsmacht über den kommunalen »Mindestbemitteltenfonds« in Höhe von 1,2 Millionen Kronen monatlich, mit dem die Fürsorgezentrale bislang auch die Ausspeiseaktion finanzierte.³⁹⁸

Am 10. November 1919 eröffnete die VPF die ersten neun Küchen, die zu Beginn etwa 6.900 Teilnehmer täglich versorgten. Bis zum Ende des Jahres wurden nach und nach auch die übrigen Küchen in Betrieb genommen. Der Teilnehmerkreis nahm kontinuierlich zu. Gegen Ende Februar 1920 betrug die tägliche Besucherzahl mehr als 46.000 Personen.³⁹⁹ Trotz dieser recht positiven Entwicklung sah sich die VPF ab Anfang des Jahres 1920 gezwungen, innerhalb des Unternehmens personelle Neubesetzungen vorzunehmen. Ausgelöst wurden die Veränderungen in erster Linie durch die Beanstandung des Unternehmens seitens der ARA. Diese betrachtete die in der Wiener Presse vielfach irrtümlich als »amerikanische Hilfsaktion« betitelte Erwachsenenspeisung nicht als ihre Aufgabe und distanzierte sich von GEIST. Zugleich forderte sie die Rückgabe aller Arbeitsmittel, die ursprünglich im Besitz der amerikanischen Kinderhilfsaktion waren und für den Zweck der Erwachsenenspeisung dienstbar gemacht wurden.⁴⁰⁰ Kurz nach seinem Ausscheiden aus der amerikanischen Hilfsaktion wurde GEIST auch seiner Position im Aufsichtsrat der VPF enthoben. Der nur mehr einfache amerikanische Bürger GEIST, der wenige Wochen zuvor noch als »Nährvater Wiens«⁴⁰¹ hochgelobt wurde, erfüllte die an ihn gestellten Erwartungen nicht. Seine Versprechungen, finanzielle Mittel für die VPF aufzubringen und Nahrungsmittel aus dem Ausland herbeizuschaffen, konnte er nicht erfüllen. Auch das von ihm erklärte Ziel, innerhalb kürzester Zeit rund eine Million Wiener durch die Erwachsenenspeisung zu versorgen, lag Anfang Januar 1920 in unrealistischer Ferne.⁴⁰² *Der Neue Tag* bezeichnete GEISTS Leistung als ein Fiasko und gab

397 Vgl. »Die amerikanische Ausspeiseaktion«, in: *Neues Wiener Abendblatt*, 29. Oktober 1919. »Reform des Ausspeisewesens«, in: *Der Neue Tag*, 30. Januar 1920. Vgl. auch »Energische Remedur!«, in: *Neues Wiener Journal*, 25. Oktober 1919.

398 Vgl. HÖRANDNER, WÖK, S. 16f.

399 Vgl. EXEL, Erich: »Die Wiener öffentliche Küchenbetriebsgesellschaft m.b.H.«, in: *Amtsblatt der Stadt Wien* 51 (1946), Nr. 27, 24. Juli 1946, S. 1–2, hier S. 1.

400 Vgl. SCHÖNFELLNER, *Der Bund*, S. 150. »Reform des Ausspeisewesens«, in: *Der Neue Tag*, 30. Januar 1920. Bereits Ende des Jahres 1919 klärten erste Wiener Tageszeitungen die Bevölkerung darüber auf, dass die VPF ein vom amerikanischen Kinderhilfswerk unabhängiges Unternehmen sei. Von Seiten der USA seien der VPF weder finanzielle Mittel noch Lebensmittel zur Verfügung gestellt worden. Vgl. »Die amerikanische Kinderhilfsaktion über die Not in Wien«, in: *Neue Freie Presse*, 30. November 1919. »Von der amerikanischen Kinderhilfsaktion«, in: *Wiener Abendpost*, 1. Dezember 1919.

401 »Dr. R. Hermann Geist«, in: *Wiener Bilder* 44, 24. Jg. (2. November 1919), S. 4.

402 Vgl. »Die Reform des Ausspeisedienstes«, in: *Neue Freie Presse*, 24. Oktober 1919.

zu erkennen, dass es um die einstige Beliebtheit des Amerikaners nicht mehr allzu gut stand:

»Die Art der Geschäftsführung und die Haltung, die Dr. Geist gegenüber den verdienten Leiterinnen der früheren Kriegsküchen an den Tag legte, aber auch – und dies nicht zum geringsten Teile – das Ausbleiben der Geldhilfe und der Lebensmittel aus Amerika, die Dr. Geist in bestimmte Aussicht gestellt hatte, haben nun in den beteiligten Kreisen eine Mißstimmung gegen den Chef der ›Vienna public feeding‹ hervorgerufen, die immer größeren Umfang annahm, vielleicht auch aus dem Grunde, weil sich Doktor Geist bei verschiedenen Anlässen in offenem Widerspruch zu den Anschauungen anderer in Wien tätiger amerikanischer Funktionäre setzte.«⁴⁰³

Die Nachfolge GEISTS als Präsident des Aufsichtsrats trat ab Januar 1920 der sozialdemokratische Gemeinderat Sigmund FRÄNKEL (1868–1939) an. Infolge der personellen Neuerungen und in Abgrenzung zur amerikanischen Hilfsaktion erachteten die Verantwortlichen auch die Änderung des Unternehmenstitels für erforderlich. Im Rahmen der außerordentlichen Generalversammlung vom 12. Mai 1920 wurde die VPF schließlich in »Wiener Öffentliche Küchengesellschaft m.b.H.« umbenannt.⁴⁰⁴ Durch eine sparsame Unternehmensführung und einige Spenden verschiedener ausländischer Missionen gelang es der WÖK, die Küchenzahl im Laufe der folgenden Monate auf 22 zu steigern. In nahezu jedem Wiener Bezirk gab es gegen Ende des Jahres 1920 eine WÖK-Filiale, die von rund 60.000 Wienern täglich besucht wurden (Abb. 46).⁴⁰⁵ Mittellose Teilnehmer, die von den nach wie vor aktiven Frauenarbeitskomitees einen Nachweis der Bedürftigkeit erhielten, bezogen die Speisen der WÖK unentgeltlich. Alle anderen Gäste zahlten zunächst drei und ab Frühjahr 1920 acht Kronen für die Mahlzeit. An jedem Wochentag wurden Suppe, Gemüse und Beilage oder Mehlspeisen und je einmal wöchentlich Buchteln und Würste angeboten.⁴⁰⁶ Ab November 1920 erfolgte die Ausgabe der WÖK-Speisen erstmals ohne die Vorlage von Rationsmarken. Nach WEISGRAM sei die Zahl der täglich ausgegebenen Mahlzeiten noch bis zum Ende des Jahres auf 110.000 Portionen gestiegen.⁴⁰⁷

403 »Reform des Ausspeisewesens«, in: *Der Neue Tag*, 30. Januar 1920. Die Unstimmigkeiten führten u.a. dazu, dass PIRQUET sein Amt im Aufsichtsrat bereits vor der Abberufung GEISTS niederlegte. Sein Nachfolger wurde der oben erwähnte Physiologe Arnold DURIG.

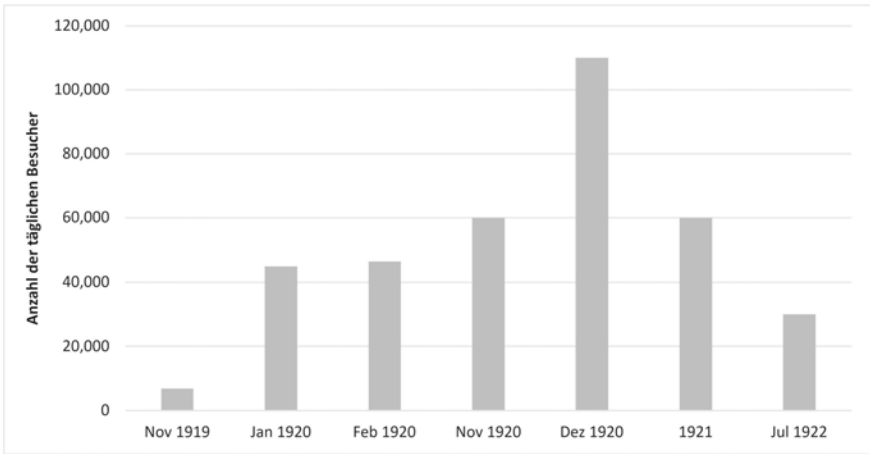
404 Vgl. SCHÖNFELLNER, *Der Bund*, S. 150.

405 Zu den Einrichtungen siehe Ausführungen zur Tab. VIII im Anhang.

406 Vgl. »Ein Mittagessen für 60.000 Personen«, in: *Illustrierte Kronen-Zeitung*, 21. November 1921. Die Mahlzeitenpreise stiegen im Verlauf der Inflation. Im August 1921 kostete die Mahlzeit bereits zwanzig Kronen. Im Frühjahr 1922 zahlten die Abonnenten der WÖK für die Mittagsmahlzeit 340 Kronen. Vgl. hierzu »Der Preisabbau«, in: *Die Rote Fahne*, 29. Juli 1921. »Billiger Mittags- und Abendtisch«, in: *Neues Wiener Tagblatt*, 9. April 1922.

407 Vgl. WEISGRAM, *Das Problem*, S. 204. In Anbetracht der Versorgungsschwierigkeiten erscheint diese Zahl nicht außergewöhnlich hoch. Den weiteren vorliegenden Quellen war jedoch keine vergleichbare Zahl zu entnehmen.

Abbildung 46: Besucherzahlen der WÖK (1919–1922)



Quellen: Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 23. Jänner 1920, S. 280. EXEL, Die Wiener, S. 1. WEISGRAM, Das Problem, S. 204. Vom Wiener öffentlichen Küchenbetrieb zur Wiener Gastlichkeit, Wien 1979, [o.S.]. »Ein Mittagessen für 60.000 Personen«, in: *Illustrierte Kronen-Zeitung*, 21. November 1921. »Der Streik in den Gemeinschaftsküchen«, in: *Wiener Zeitung*, 6. Juli 1922.

Das Unternehmen setzte sich schließlich zum Ziel, die ehemaligen Kriegsküchen nach und nach in Gemeinschaftsküchen umzuwandeln. Damit verbunden war eine Umgestaltung des Speisebetriebs. Bisher lösten die Besucher – ähnlich wie zu Kriegszeiten – vor dem Erhalt der Speisen sogenannte »Wochenblocks« oder Tageskarten. Die Speisen nahmen sie anschließend in selbst mitgebrachtem Geschirr mit nach Hause. Diese Form der »Besucherabfertigung« sollte nun allmählich durch einen alkohol- und trinkgeldfreien Speisehausbetrieb ersetzt werden. Die Filiale in der Herrngasse war die erste Einrichtung der WÖK, in der das Essen auch an Ort und Stelle eingenommen werden konnte. HÖRANDNER zufolge setzte anschließend eine gewaltige Expansion der WÖK ein:

»[...] Das Unternehmen florierte. 1921, dem Jahr des grössten Unternehmensumfangs, was Filialen angeht, waren 39 Küchen in Betrieb. Bereits im nächsten Jahr, 1922, wurden 8 von ihnen als unrentabel geschlossen. Zur Unternehmensstrategie gehörte es (was heute nicht mehr so radikal neu ist), zu expandieren und Neueröffnungen im Sinne der Erprobung neuer Standorte vorzunehmen.«⁴⁰⁸

Neben der Eröffnung neuer Küchenstandorte übernahm die WÖK auch weitere bestehende Speiseeinrichtungen. Im Oktober 1921 wurden z.B. zwölf Betriebe des *Kuratoriums zur Speisung hungernder Kinder* in das Filialnetz der WÖK aufgenommen.⁴⁰⁹ Zum Wachstum des Unternehmens trug darüber hinaus seine Tätigkeit als Speise-

408 HÖRANDNER, Zur Rolle, S. 86.

409 Vgl. EXEL, Die Wiener, S. 1.

und Lebensmittellieferant bei. So versorgte die WÖK mehr als sechzig städtische Kindergärten mit rohen Lebensmitteln und ermöglichte damit die Fortsetzung der Frühstücksausspeisung für rund 3.300 Kleinkinder, die von der niederländischen Hilfsaktion Mitte Oktober 1921 eingestellt und anschließend von der Gemeinde und dem Personal der Kindergärten weitergeführt wurde.⁴¹⁰ Als im Mai 1922 auch die Kinder- und Schülerspeisung der amerikanischen Hilfsaktion beendet werden musste, wuchs das Tätigkeitsfeld der WÖK um eine weitere bedeutende Aufgabe. Seit den Wintermonaten bereitete die Gemeindeverwaltung die Übernahme der Mittagsausspeisung für etwa 20.000 Schulkinder und 2.000 Kleinkinder vor. Dabei verfolgte sie das Ziel, die Kinderverpflegung aus eigener Kraft zu finanzieren und zu organisieren. Auf weitere in Aussicht gestellte Auslandskredite wollten die Sozialdemokraten angesichts der verbesserten Versorgungsverhältnisse künftig verzichten. Sie empfanden es »als unerträglich, daß in einer Stadt, in der es nie vorher so viele Nachtlokale, Heuriganschenken, Personenautomobile [...] gegeben hat, immer wieder um Auslandshilfe zur Ernährung der Kinder gebettelt wird«⁴¹¹. Auch auf staatlicher Ebene wurde die Fortführung der Ernährungsfürsorge für unterernährte Schulkinder beschlossen. Am 12. Mai 1922 verabschiedete der Nationalrat ein »Schülerspeisungsgesetz«, das Bund und Länder bei der Finanzierung der Schulverpflegung in die Pflicht nahm.⁴¹² Gleichzeitig sicherte sich Österreich mit diesem Beschluss eine vorläufige finanzielle Beihilfe der US-Amerikaner, die auf eine langfristige Fortsetzung des Kinderhilfswerks aus waren.⁴¹³ Für das Wiener Rathaus kam die Annahme des Gesetzes nicht in Frage. Indem sie sich der Abstimmung enthielt und damit auf Auslands- und Bundesmittel verzichtete, bekannte sich die Stadt zu ihrem Plan der Selbsthilfe.

Ab September 1922 führte Wien die Schülerspeisung schließlich selbständig durch. Entscheidend für die Zulassung der Kinder zur Teilnahme war weiterhin allein ihr Ernährungszustand, der von Schulärzten überprüft wurde. Die Organisation und Kontrolle der Mittagsspeisung wurde dem Jugendamt übertragen. Die WÖK war für die Zubereitung, Zufuhr und Verteilung der Speisen in den über fünfzig Schulspeisestellen und mehr als vierzig Kindergärten zuständig.⁴¹⁴ Finanziert wurde die Schul- und Kinderspeisung hauptsächlich durch die Gemeinde und die (zum Teil ermäßigten) Regiebeiträge der Eltern. Letztere begrüßten das kommunale Versorgungsangebot für die Kinder,

410 Vgl. EBD. Vgl. auch Gemeindeverwaltung 1919–1922, S. 300.

411 »Kinderbettel und Auslandskredite«, in: *Arbeiter-Zeitung*, 15. August 1922.

412 Vgl. hierzu »Bundesgesetz vom 12. Mai 1922 über die Ernährungsfürsorge für Schulkinder (Schülerspeisungsgesetz)« bei PIRQUET, Clemens: »Schülerspeisung als Teil der allgemeinen Ernährungsfürsorge«, in: DERS. (Hg.), *Volksgesundheit im Krieg*, Wien 1926, S. 273–362, hier S. 360ff. Vgl. auch Gemeindeverwaltung 1919–1922, S. 300.

413 Vgl. *Three Years Work of the American Relief Administration in Austria*, Wien 1922, S. 48. Sowie »Das stolze Wien«, in: *Wiener Fremden-Presse*, 11.–17. Juli 1922.

414 Vgl. TANDLER, Julius: »Die Fürsorgeaufgaben der Gemeinde«, in: *Das neue Wien. Städtewerk*, Bd. 2, Wien 1927, S. 337–895, hier S. 409. Vgl. ferner »Die Schülerspeisung«, in: *Neues Wiener Tagblatt*, 4. Oktober 1922. »Ein Jahr Schülerspeisung durch die Gemeinde Wien«, in: *Arbeiter-Zeitung*, 8. September 1923. Sowie *Die Verwaltung der Bundeshauptstadt Wien in der Zeit vom 1. Jänner 1923 bis 31. Dezember 1928 unter den Bürgermeister Jakob Reumann und Karl Seitz*, hg. vom MACISTRAT DER STADT WIEN, Wien 1933, S. 697.

das mehr und mehr in Anspruch genommen wurde. Die Zahl der jährlich ausgegebenen Portionen für Kinder stieg von rund zweieinhalb Millionen im Jahr 1923 auf nahezu fünf Millionen im Jahr 1924. Die Versorgung der Wiener (Schul-)Kinder, von denen Mitte der 1920er Jahre noch immer rund 26 Prozent unterernährt waren, entwickelte sich zum Hauptbetätigungsfeld der WÖK.⁴¹⁵ Stets wurden mehr als die Hälfte ihrer produzierten Mahlzeiten an Kinder ausgegeben. Demgegenüber wurde das Speiseangebot für Mittellose schrittweise reduziert. Im Laufe des Frühjahrs 1923 löste sich der Großteil der für die Bedürftigkeitsprüfungen zuständigen Frauenarbeitskomitees auf. Kurz darauf lehnte der mittlerweile christlichsozial-großdeutsch regierte Bund weitere Beitragsleistungen für die Mittellosenspeisung ab, deren Kosten auf sechs Millionen Kronen täglich angestiegen waren.⁴¹⁶ Im Spätsommer 1923 wurde die unentgeltliche Mittagsversorgung schließlich ganz eingestellt. Für eine günstige Mittagsverpflegung der bedürftigen Wiener sorgten fortan nur noch die Küchen der *Ersten Wiener Suppen- und Tee-Anstalt* und des *Vereins zur Errichtung von Volksküchen nach israelitischem Ritus*. Die elf verbliebenen Einrichtungen des *Ersten Wiener Volksküchen-Vereins*, die für viele Bedürftige über den Krieg hinaus lange eine Alternative zu den kommunalen Küchen darstellten, aber infolge des Krieges finanziell am Ende waren und mit der »übermächtigen Konkurrenz« nicht mithalten konnten, mussten nach fünfzigjährigem Bestehen im Mai 1923 ihren Betrieb einstellen.⁴¹⁷ Doch die Küchenstandorte des *Volksküchen-Vereins* verschwanden damit nicht aus dem Wiener Stadtbild. Im Juli desselben Jahres wurden sie vom *Verein zur Schaffung und Erhaltung von Gemeinschaftsküchen* übernommen und in das Küchennetz der SCHWARZWALD-Küchen integriert. Damit verbanden sich, wie das *Neues Wiener Tagblatt* schrieb, »ein altes und ein neues Stück Wien [...] zu gemeinsamer Arbeit«⁴¹⁸.

Das von Eugenie SCHWARZWALD geleitete Gemeinschaftsküchenunternehmen, das wie die Wiener Kriegsküchen aus der Not des Krieges heraus geboren wurde und großen Zuspruch vonseiten der mittelständischen Wiener Bevölkerung fand, erlebte auch nach dem Krieg noch regen Zulauf. Zwischen 10.000 bis 15.000 Wiener nahmen täglich ihr Mittagssmahl in den SCHWARZWALD-Küchen ein. Zu ihrem sechsjährigen Bestehen im Januar 1923 hob das *Neue Wiener Tagblatt* hervor, dass die Gemeinschaftsküche, die »[i]m Toben des Krieges der Welt gegen die Welt [...] als wirtschaftliche Errungenschaft und kulturelle Wohltat begrüßt« wurde, mittlerweile »ein Faktor im Wiener Leben« geworden sei.⁴¹⁹ Das Wirken des *Gemeinschaftsküchenvereins* war beispielgebend für zahlreiche weitere Initiativen, die seit 1917 Gemeinschaftsverpflegungen ins Leben riefen.

415 Vgl. SCHÖNFELLNER, *Der Bund*, S. 151. Zum Stand der Unterernährung der Wiener Kinder vgl. WEIGL, Andreas: »Vom Versorgungsfall zur Zielgruppe. Konsumverhalten Wiener Kinder und Jugendlicher zwischen Kinderauspeisung und Markenfetischismus«, in: WALTER, Rolf (Hg.), *Geschichte des Konsums. Erträge der 20. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 23.-26. April 2003 in Greifswald, Wiesbaden 2004, S. 221–244, hier S. 227f. Zur Verteilung der jährlich ausgegebenen Portionen der WÖK vgl. HÖRANDNER, WÖK, S. 104.

416 Vgl. Gemeindeverwaltung 1919–1922, S. 278.

417 Vgl. »Es muß Volksküchen geben«, in: *Der Tag*, 31. Mai 1923.

418 »Wiederaufbau der Volksküchen«, in: *Neues Wiener Tagblatt*, 10. Juli 1923.

419 »Sechs Jahre Wiener Gemeinschaftsküche«, in: *Neues Wiener Tagblatt*, 26. Januar 1923. Vgl. ferner ULREICH, Alois: »Die Speisegemeinschaft«, in: *Die Zeit*, 20. Februar 1919. TAUBER, Ignaz: »Bilder aus einer Gemeinschaftsküche«, in: *Österreichische Volkszeitung*, 26. Februar 1919.

Zeitweise zählten alle Wiener Gemeinschaftsküchen, berichtete das *Neue Wiener Tagblatt* weiter, bis zu 350.000 Gäste täglich. Nicht alle dieser Einrichtungen blieben langfristig bestehen. Ein Massenküchenbetreiber, der wie die SCHWARZWALD-Küchen auch Mitte der 1920er Jahre noch existierte und stark frequentiert wurde, war das Mittelstandsküchen- und Urlaubsheimunternehmen *Mittella A.G.*⁴²⁰ Im Jahr 1922 unterhielt es vierzehn Großküchen in staatlichen Gebäuden, die sich hauptsächlich an Beamte und Militärpersonen richteten. Wie die WÖK erhielten die *Mittella*-Küchen staatliche Subventionen. Sie hatten weder Mietkosten noch Wohnbausteuer zu bestreiten und unterschieden sich in dieser Hinsicht von den SCHWARZWALD-Küchen.⁴²¹ Letztere leisteten die gleichen Steuern und Abgaben wie alle Wiener Gastwirtschaften, arbeiteten jedoch nicht gewinnorientiert. Dabei hielt der *Gemeinschaftsküchenverein* an seinem Organisationsprinzip der Selbsterhaltung aus der Kriegszeit fest. »Jeder ist Wirt, jeder ist Gast, jeder ißt dasselbe, jeder zahlt gleich viel«⁴²², so SCHWARZWALD, die bereits zum Zeitpunkt der Gründung der Küchen betonte, dass die Gemeinschaftsküche erst in Friedenszeiten ihre eigentliche Bestimmung erfüllen wird:

»Die Gemeinschaftsküche ist eine Oase in der Kriegswüste[, in der jeder Gast bei seiner Mahlzeit eine gemütliche Stunde zubringen können soll]. Aber erst im Frieden wird sie werden können, was sie sein soll: die Stätte einer neuartigen Geselligkeit, ein Faktor zum Abbau der Preise, ein wirksames Mittel im Kampf gegen Luxus, Alkoholismus und Arteriosklerose.«⁴²³

Dementsprechend betrachteten SCHWARZWALD und der *Gemeinschaftsküchenverein* ihre Einrichtungen nach 1918 als alkoholfreie »Reformgasthäuser«, in denen ohne Trinkgeldzwang einfache und preiswerte, aber geschmackvolle Mahlzeiten zu erhalten waren. Für die teilnehmende arbeitende Bevölkerung war die Gemeinschaftsküche nun das, was sie SCHWARZWALD zufolge zu sein beabsichtigte: »ein selbstgeschaffenes gemütliches Heim« und »ein Ruhepunkt in der Hast des Arbeitstages«.⁴²⁴ Sieben Jahre nach Kriegsende unterhielt der Verein in Wien 24 Gemeinschaftsküchen. Die meisten der Einrichtungen befanden sich im Zentrum der Stadt. Hier war nach wie vor ein Großteil der Angestellten beschäftigt und viele von ihnen nahmen das öffentliche Speiseangebot in Anspruch.

420 *Mittella* war der Name des Lebensmittellagerbetriebs für österreichische Staatsbedienstete und »in seiner Funktion«, so Sema COLPAN, »eine Konsumentenorganisation, die den Bestimmungen der Verordnungen des Amtes für Volksernährung vom Juli 1918 unterworfen war«. Ab 1920 richtete sich das Versorgungsangebot auch an Militärpersonen. Vgl. COLPAN, Sema: »Kasernenstadt Wien. Die Stiftskaserne im Übergang vom Krieg zur Ersten Republik«, in: *Zeitgeschichte* 4 (2017), S. 220–230, hier S. 222. Vgl. hierzu auch Gemeindeverwaltung 1919–1922, S. 278.

421 Vgl. »Die Wiener Gemeinschaftsküchen«, in: *Der Tag*, 11. Februar 1925.

422 SCHWARZWALD, Eugenie: »Die Lösung der Mittagssorge«, in: *Die Zeit*, 31. März 1917. Zitiert bei DEICHMANN, Leben mit provisorischer Genehmigung, S. 157–160, hier S. 159.

423 EBD.

424 SCHWARZWALD, Eugenie: »Mittagsruhe«, in: *Neues Wiener Tagblatt*, 21. Januar 1917. DIES.: »Undankbare Arbeit«, in: *Neue Freie Presse*, 15. März 1925. Zitiert bei DEICHMANN, Leben mit provisorischer Genehmigung, S. 160–162.

Im Sommer 1922 nahmen mindestens 120.000 Wienerinnen und Wiener an einer Gemeinschaftsverpflegung teil, wobei zahlreiche Angestellte auch auf Gemeinschafts- und Anstaltsküchen in ihren Betrieben zurückgreifen konnten.⁴²⁵ Neben zahlreichen Banken und Gemeindebehörden verfügten z.B. die Bundesbahn, die Wiener Gaswerke, das städtische Lagerhaus und die *Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft*, um nur einige zu nennen, weiterhin über Betriebsküchen für ihre Angestellten. Sowohl die SCHWARZWALD-Küchen als auch die betrieblichen Verpflegungsangebote veranschaulichten, dass der Fortbestand der Wiener Kriegsküchen in den Nachkriegsjahren und die daraus entstandene WÖK kein Einzelphänomen blieben. »Die Zeit, da die Wiener zwischen dem häuslichen Herd und der Gasthausküche kein Zwischending kannten, ist vorüber«, erklärte das Wiener Montagblatt *Der Morgen* Ende des Jahres 1931. »Als während des großen Krieges und in den schrecklichen Jahren nachher die Lebensmittelknappheit zu methodischer Sparsamkeit zwang, kam die ›Gemeinschaftsküche‹ in Schwung, machte seitdem ihre Wandlungen durch und hat schließlich den Begriff [...d]es Speisehauses [...] in Wien populär gemacht [...].«⁴²⁶ Zu dieser Entwicklung trugen alle Speisedienstleister in Wien bei, doch von den drei größten Massenküchenbetreibern gelang es schließlich nur der WÖK, langfristig einen Platz im Alltag der Wiener einzunehmen. Die SCHWARZWALD-Küchen und die *Mittella A.G.* gerieten schon bald in finanzielle Schwierigkeiten. SCHWARZWALDS Gemeinschaftsküchenverein musste bereits im Jahr 1926 ein Ausgleichsverfahren beantragen und die Küchen ein Jahr später auf die Gemeinde übertragen.⁴²⁷ Die *Mittella A.G.* beklagte ab 1932 immer größere Verluste und ging vier Jahre später in Konkurs.⁴²⁸ Der WÖK hingegen gelang es, das alkoholfreie Reformgasthauswesen und die Schulkinderverpflegung über die Weltwirtschaftskrise und den Zweiten Weltkrieg hinaus voranzutreiben. Hierbei kam sie bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts zwangsläufig nicht umhin, zumindest zeitweise zu ihren Wurzeln zurückzukehren und die Rolle als Notversorgungseinrichtung einzunehmen.

3| Die Sozialdemokratie und die Massenverpflegung

3.1 Ungleiche Rahmenbedingungen: Kommunale Sozialpolitik in Wien und Berlin

Die anhaltenden Versorgungsprobleme nach dem Krieg und die im Zuge der Inflation erneut hereinbrechende Not verlangten in Wien und in Berlin nach einem Weiterbetrieb der Massenverpflegung. Die zahlreichen internationalen Hilfsinitiativen und vor allem die US-amerikanischen Speiseaktionen für Kinder trugen darüber hinaus dazu

425 Vgl. »Drohender Streik in den Gemeinschaftsküchen«, in: *Die Rote Fahne*, 5. Juli 1922. Zum Fortbestand zahlreicher Betriebs- und Fabrik-speisungen vgl. u.a. Gemeindeverwaltung 1919–1922, S. 633 und S. 754. Darüber hinaus weisen eine Reihe von Versammlungsankündigungen und Spenden-ausweise in verschiedenen Wiener Tageszeitungen während der Nachkriegsjahre auf das (weite-re) Bestehen zahlreicher Betriebsküchen hin.

426 »Der häusliche Herd kommt aus der Mode«, in: *Der Morgen*, 14. Dezember 1931.

427 Vgl. DEICHMANN, *Leben mit provisorischer Genehmigung*, S. 162.

428 Vgl. »Mittella A.G. in Konkurs«, in: *Der Österreichische Volkswirt* 43 (25. Juli 1936), S. 332.